

Politische Berichte

PROLETARIAT ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIAT ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!



- S. 5 Rot-grün verspielt eine Mehrheit links von der Mitte
- S. 8 Asymmetrische Kriegsführung und die Frage der Befreiung
- S. 12 Hamburger Senat ordnet Kita-Bereich mit dem Vorschlaghammer
- S. 15 Mindestlöhne: Suche nach dem richtigen Instrument
- S. 19 Venezuela: Interview zur Politik der Regierung Chavez



Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
– ERSCHEINT VIERZEHTÄGLICH

Herausgegeben vom: Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider (verantwortlich), GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43188820, Fax: 040 / 43188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11/624701, Fax: 0711/ 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de

Diskussion / Dokumentation: Rüdiger Lötzer (verantwortlich), Postfach 210112, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de – Hardy Vollmer, GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 € Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabonnement kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60 €, Sozialabo: 46,80 € Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

o 4 Ausgaben für 10 € (beilegen) zum Kennenlernen

o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)

o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

o Halb- o Jahresabo neue Länder (27,30 / 54,60 €)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

Fischer zündelt für Deutschland

Der Standard.at. / faz.net 25./26.8. maf
Der italienische Ministerpräsident Berlusconi hat mit einem Brief an US-Präsident Bush nach den Worten der österreichischen Zeitung „Der Standard“ eine „diplomatische Offensive gegen die deutschen Bestrebungen nach einem ständigen Sitz im UNO-Sicherheitsrat in die Wege geleitet“. Im Vorfeld habe der italienische Außenminister Franco Frattini gesagt, Italien bevorzuge ein „demokratischeres und transparenteres Rotationssystem“, das den Beiträgen der jeweiligen Länder zu UNO-Missionen Rechnung trage. Die FAZ bewertet, dass sich Berlusconi Bush „an den Hals wirft“, um Deutschlands Chancen auf einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat zu „hintertreiben“, und meint, dass die begründete Sorge bestehe, dass die Forderung (der BRD) am „Ende unerfüllt bleibt“. Allerdings erzeugten Äußerungen aus Deutschland, Japan, Indien, Brasilien und etwas weniger deutlich auch Südafrika, wenigstens für den Moment den Eindruck, „Deutschland habe in der zweiten Tabellenhälfte der obersten Staatenliga einen festen Platz bezogen“. Soweit J. Leithäuser in der FAZ. In eine etwas andere Richtung deutet die Meldung, der Vorsitzende der christlich-demokratischen und konservativen Fraktion (EVP-ED) im Europaparlament, Hans-Gert Pöttering, habe sich für einen „gemeinsamen europäischen Sitz“ ausgesprochen. Der CDU-Politiker bezeichnete laut FAZ das Streben Deutschlands und Italiens in den Sicherheitsrat als „rückwärtsgewandete Politik“, man könnte es auch als weltweites Zündeln bezeichnen.

Bundeswehr zu Afrika-Einsatz bereit

AFP, 26.8. scc. Mit der zynischen Begründung, als frühere Kolonialmacht in Afrika trage die BR Deutschland neben Großbritannien, Frankreich und Belgien „besondere Verantwortung“, bereitet Verteidigungsminister Struck die Öffentlichkeit auf mögliche weitere Auslandseinsätze der Bundeswehr auf dem afrikanischen Kontinent vor. Gegenwärtig hat die Bundesregierung hier ca. 290 Bundeswehrsoldaten im Rahmen von „Enduring Freedom“ am Horn von Afrika stationiert, zwei deutsche Militärbeobachter sind an der UN-Mission in Äthiopien und Eritrea beteiligt. Bei einer Größe von 270.000 Soldaten und etwa 8000 Soldaten in Auslandseinsätzen würde er nicht sagen, die Bundeswehr könne keinen weiteren Auslandseinsatz mehr verkraften, so Struck. Ein Einsatzziel nannte der Minister nicht. Es gebe derzeit keine konkreten Anforderungen durch die UNO. Allerdings drohen die USA und EU-Staaten unter dem Vorwand „humanitärer Hilfe“ mit einer militärischen Intervention in den Sudan. Gleichzeitig unternimmt die EU alles,

den Menschen, die im Sudan und in den anderen Krisen- und Kriegsgebieten Afrikas auf der Flucht sind, die Fluchtwege nach Europa vollends zu versperren, betreibt Schily die Errichtung von Lagern für Asylsuchende in Afrika.

Asyl für türkischen Deserteur abgelehnt

DFG-VK, 2.9. alk. Die Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) kritisiert scharf das Urteil des Verwaltungsgerichts Düsseldorf, nach dem die Klage des türkisch-kurdischen Kriegsdienstverweigerers Mehmet Cetiner gegen seinen abgelehnten Asylantrag abgewiesen wird. Mehmet Cetiner ist Mitglied der DFG-VK und engagiert sich in der DFG-VK-Gruppe Kleve. Er hatte im Jahr 2000 öffentlich erklärt, dass er Kriegsdienstverweigerer ist. „Eine dem türkischen Staat gegenüber erklärte Kriegsdienstverweigerung ist eine sehr mutige wie auch politische Tat, die damit bereits den Rechtsanspruch auf Asyl rechtfertigen sollte“, stellt Felix Oekentorp, Bundessprecher der DFG-VK, fest. Die Strafandrohung auf Kriegsdienstverweigerung liege nach türkischem Strafgesetzbuch bei bis zu zwei Jahren Freiheitsentzug, wobei es ein Recht auf Ersatzdienst nicht gebe. „Eine Abschiebung von Kriegsdienstverweigerern wie Mehmet Cetiner in Länder ohne das Recht auf KDV wie die Türkei ist ein Verstoß gegen Menschenrechte“, so Oekentorp. Die Urteilsbegründung des Verwaltungsgerichts Düsseldorf beachte nach Einschätzung Oekentorps nicht, dass die den türkischen Behörden im Jahr 2000 erklärte Kriegsdienstverweigerung in der türkischen Presse als PKK-Aktion qualifiziert wurde. Dass Mehmet Cetiner als Pazifist und Angehöriger der kurdischen Volksgruppe mit einer Einziehung zum Wehrdienst zu rechnen habe und dort möglicherweise gegen kurdische Widerstandskämpfer eingesetzt werden könne, sei für das Gericht offensichtlich kein Grund, Asyl zu gewähren, so Oekentorp.

Verschuldung nimmt beschleunigt zu

BWI, 31.8. scc. Im ersten Halbjahr dieses Jahres wurden bereits fast 900.000 gerichtliche Zwangsmaßnahmen zur Eintreibung offener Forderungen gegen Privatpersonen ergriffen. Das ist eine Steigerung gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 6%; in den östlichen Bundesländern beträgt der Anstieg sogar 15%. Auch andere Daten aus dem ersten Halbjahr machen deutlich, dass sich eine beschleunigt zunehmende Zahl von Privatpersonen in der Schuldenfalle verfängt. Noch nie gab es so viele „Offenbarungseide“: über 550.000 (+6,8%, im Osten +18,5%). Haft zur Durchsetzung der eidesstattlichen Versicherungen wurde in über 293.000 Fällen angeordnet (+7,4%,

im Osten: +18,9%). Als letzten Ausweg aus der totalen Verschuldung suchten über 41.000 private Schuldner die Privatinsolvenz (+28,4%, im Westen: +33,9%). Betroffen sind neben Konsumenten auch Selbstständige, Ich-AGs und Kleingewerbetreibende, die sich durch die Restschuldbefreiung eine endgültige Entschuldung erhoffen. Für die zweite Jahreshälfte ist mit einer Fortsetzung dieser Entwicklung zu rechnen.

SPD-Vorschlag zur Bürgerversicherung

Handelsblatt, 30.8. rül. Am 29. August hat der SPD-Vorstand „Eckpunkte für eine solidarische Bürgerversicherung“ verabschiedet. Deren Einführung ist erst nach der nächsten Bundestagswahl geplant. Die SPD verfolgt mit den Eckpunkten also vor allem Propagandazwecke. Schwerpunkte sind: Die Versicherungspflichtgrenze wird aufgehoben. Alle Kassen – gesetzliche wie private – konkurrieren so künftig um alle Beitragszahler und werden auch in den Risikostrukturausgleich einbezogen. Verbunden damit ist ein Kontrahierungszwang: Jede Kasse soll künftig ohne Gesundheitsprüfung Mitglieder aufnehmen. Gegen diese Änderungen, die den Privatversicherern ihren lukrativen Markt streitig macht, haben Allianz und andere Konzerne schon einen „Kampf bis aufs Messer“ angekündigt. Neben abhängig Beschäftigten sollen künftig auch Selbstständige und Beamte zur Bürgerversicherung zahlen. Bei Einkommen aus abhängiger Arbeit soll die paritätische Finanzierung bleiben. Für Selbstständige mit prekären Einkommen, aber auch für Beamte auf Zeit bedeutet das eine Verbesserung des Versicherungsschutzes. Bei den Lebenszeit-Beamten ist eine schrittweise Überführung aus dem bisherigen Beihilfesystem geplant. Bei Einkommen aus Arbeit soll es bei der Beitragsbemessungsgrenze von 3.487,50 Euro und damit bei der Deckelung des monatlichen Beitrags auf maximal 488 Euro pro Person bleiben. Hier wird unter anderem von Gewerkschaften gefordert, die Beitragsbemessungsgrenze schrittweise auf das Niveau der Rentenversicherung (5.150 Euro in den alten, 4.350 Euro in den neuen Ländern) anzuheben. Dadurch würde der Höchstbeitrag auf etwa 720 Euro im Monat steigen, der durchschnittliche Beitragssatz in der Folge sinken. Auch die Pflegeversicherung erhielte so mehr Einnahmen. Beides lehnt die SPD nun ab. Neu einbezogen werden sollen künftig Einkommen aus Vermögen (nicht: aus Vermietung und Verpachtung). Herangezogen werden sollen nur Einkünfte über dem Sparerfreibetrag (derzeit 1.340 Euro im Jahr). Familienversicherung und beitragsfreie Mitversicherung der Kinder sollen bleiben. Auch das Sachleistungsprinzip bleibt erhalten, eine Vorauszahlung durch die Patienten und Erstattung durch die Kasse soll es nicht geben. Die SPD verbreitet, ihr Modell werde die



Schneewittchen, teilmodernisiert

Geburtenprämie für Besserverdienende. bundesregierung.de, 4.9. alk Am Freitag und Samstag hatte sich die Bundesregierung in Bonn zu einer Klausur zusammengesetzt, hauptsächlich ging es darum, alle auf die Durchsetzung der Arbeitsmarktreformen einzuschwören. Familienministerin Renate Schmidt durfte dort aber einen Vorschlag machen, der zwar mangels Haushaltsmittel frühestens für 2010 angedacht sei, jedoch jetzt Stimmung und Stimmen bei der „Neuen Mitte“ machen soll: Ein einkommensabhängiges Elterngeld solle „jungen Paaren mit Kinderwunsch die Angst vor einem Einkommensverlust nehmen“. Die Presse erwähnt, Schröder habe in diesem Zusammenhang von einer „gefährlich werdenden Zurückhaltung“ vor allem bei Akademikern um die 30 gesprochen. Die Zahl der Geburten sei in dieser Gruppe „signifikant schlechter“ als in jedem anderen europäischen Staat, so der Kanzler. Es sei „für die Entwicklung der Gesellschaft nicht gut“, wenn nur noch die Armen und die Reichen Kinder hätten. „Elterngeld als (teilweise) Lohnersatzleistung“, wie es bei Frau Renate Schmidt heißt, wird aber an geringen Geburtenzahlen sowenig ändern wie es das eher egalitäre (allerdings Ausländer diskriminierende) Erziehungsgeld der christlichen Parteien in Baden-Württemberg und Bayern in der Vergangenheit getan hat.

Krankenversicherung solidarisch und „zukunftsfest“ machen und zugleich ermöglichen, die lohnbezogenen Beiträge um 1 bis 2 Prozent zu senken, also auch die Arbeitgeber entlasten.

Arme Kinder sind die Leidtragenden

ngo-online, 2.9. alk. Die Deutsche Gesellschaft für Sozialpädiatrie und Jugendmedizin DGSPJ schlägt Alarm: Immer mehr Kinder aus armen Familien sind in Deutschland medizinisch unterversorgt. Erreicht werden können sozial benachteiligte oder arme Familien allenfalls noch über Angebote des öffentlichen Gesundheitsdienstes wie etwa der Einschulungsuntersuchung. Doch in vielen Bundesländern fallen diese durchgängig für alle Kinder vorgesehenen Untersuchungen zunehmend dem Rotstift zum Opfer, kritisiert der Kinder- und Jugendarzt Eberhard Zimmermann aus Bremen. Rund ein Drittel aller Kinder von drei bis sechs Jahren haben erhebliche sprachliche wie auch motorische Entwicklungsdefizite. Betroffen seien davon vor allem Kinder aus sozial schwachen und bildungsfernen Familien sowie aus Migrantenfamilien. Zimmermann: Die Vorsorgeangebote der niedergelassenen Kinder-

und Jugendärzte reichen bei weitem nicht aus, da gerade sozial schwache Familien auf diese freiwilligen Angebote nicht ansprechen. Daher sind die routinemäßigen Eingangsuntersuchungen der Gesundheitsämter vor der Einschulung die einzigen Untersuchungen, die noch alle Kinder eines Jahrganges erfassen, egal ob versichert oder nicht, egal ob reich oder arm. Stattdessen werden jedoch in vielen Bundesländern, die für den öffentlichen Gesundheitsdienst zuständig sind, immer mehr Stellen von Kinder- und Jugendärzten aus Kostengründen gestrichen. Um hier eine bessere Versorgung zu erreichen, fordert die DGSPJ: Ein zukunftsfähiges finanzielles Konzept für den Ausbau des kinder- und jugendärztlichen Dienstes im öffentlichen Gesundheitsdienst für eine vorsorgende Tätigkeit in vorschulischen Kindereinrichtungen sowie die Etablierung von aufsuchenden Mobilen Teams. Die DGSPJ fordert Länder und Gemeinden auf, im Rahmen einer „Konzertierten Aktion“ deutlich mehr Mittel als bisher für Pilotvorhaben und für die öffentliche Gesundheitsvorsorge bei Kindern und Jugendlichen bereit zu stellen.

Zusammenstellung: alk

Von Schweden lernen?

Der Trick sei nicht neu, lästerte am Montag das „Handelsblatt“ über den Besuch des schwedischen Premiers Göran Persson bei der Klausur des Bundeskabinetts Ende letzter Woche in Bonn. Tatsächlich hatte Schröder vor Jahren auch den britischen Regierungschef Tony Blair eingeladen, um seiner Agenda 2010 höhere Weihen internationaler Unterstützung – mindestens aus befreundeten Parteien in der EU – zu verschaffen. Der schwedische Premier übernahm auch brav den ihm zugedachten Part, schilderte, wie unpopulär seine Politik anfangs gewesen sei und wie obenauf er und seine Partei heute seien. Tatsächlich dürfte diese – in Schweden zeitweilige – Unpopularität so ziemlich die einzige Gemeinsamkeit zwischen der Politik der schwedischen Sozialdemokraten und der von Schröder sein. Denn das „schwedische Modell“ unterscheidet sich gravierend von der Situation hier, und noch mehr vom Kurs der Bundesregierung. Die Arbeitslosenrate lag in Schweden nach OECD-Angaben 2003 bei 5,6%, in der Bundesrepublik bei 9,3%, in NRW, Bremen, Ostdeutschland ... aber lassen wir das. Der Unterschied zwischen hoher und niedriger Arbeitslosenrate ist enorm. In dem einen Fall haben die Menschen eine Alternative zum entwürdigenden Los der Verarmung im Leistungsbezug. Im anderen Fall haben sie das nicht.

Auch die Beschäftigungsquote liegt in Schweden deutlich höher als hier. 74,3% aller Menschen zwischen 15 und 64 Jahren haben in Schweden laut OECD einen Job oder eine Ausbildung. In der Bundesrepublik liegt diese Quote bei 64,6%. Diese deutlich höhere Beschäftigung – bei gleich hohem Anteil von Teilzeitjobs – beruht vor allem auf steuerfinanzierten Vollzeitjobs im Dienstleistungssektor. Der Anteil des Steueraufkommens am BIP lag 2001 in Schweden bei 38 Prozent – in der Bundesrepublik bei 23,6%. Mehr Steuern und dadurch mehr Vollzeitjobs – die dann wieder Steuern und Versicherungsbeiträge zahlen und so die Einnahmen der Sozialversicherung hoch und die Staatsschuld niedrig halten – das beschreibt vermutlich in etwa die Grundlage für das Wohlwollen, das viele Menschen – in Gewerkschaften ebenso wie in der PDS – einem Modell wie Schweden entgegenbringen.

Von der Politik der Regierung Schröder, die Sozialleistungen abbaut, ohne dass Jobs da sind, die Leute in Minijobs treibt oder zu 1- bis 2-Euro-Jobs zwingt und gleichzeitig die Spitzensteuer senkt, ist dieses Modell weit entfernt.

rül

Parteistruktur, Sozialstruktur, Wahlaussichten

Rot-grün verspielt eine Mehrheit links von der Mitte

Die Wahl im Saarland zeichnet ein inzwischen gewohntes Bild. Rückgang der Wahlbeteiligung, deklassierende Verluste der SPD, Festigung des Konservatismus, Gewinne der Grünen. Sie liefert auch Daten zur Füllung von Lücken, die im Gesamtbild noch bestehen: Die FDP wahrt ihre Chance. Sie bleibt als Partei der Besserverdienenden neben den Grünen präsent. Die Bewegung im Wahlergebnis der PDS von 0,8% vor fünf Jahren auf 2,4% deutet auf steigende Chan-

Das Urteil über die Staatspolitik kommt wesentlich über die Entwicklung der Wirtschaft zu Stande. Wichtig ist aber auch, ob und wie sich die Werte, die von den einzelnen Menschen in ihrer Lebenspraxis respektiert werden, mit der Regierungspraxis vertragen. Da die Konjunktur, das ist die Verbindung der Gesellschaftsmitglieder in Wirtschaftsprozessen, schwer gestört ist und dann auch, weil die Politik der Regierung mit dem Wunsch nach Frieden zusammen-



William Holmann Hunt, Der Stündenbock, 1854/55

cen für den Wiedereinzug in den Bundestag hin. Beunruhigende 4% für die NPD, die in erheblichem Maße Jungwähler gewinnen konnte, harren einer Erklärung und eines Gegenkonzeptes.

In der Diskussion des Wahlergebnisses irritiert vor allem die Konfusion bei der SPD. Lafontaine soll Maas den Wahlkampf kaputt gemacht haben. Maas soll seinen Wahlkampf zum Schaden der Regierung und damit zu seinem eigenen Schaden angelegt haben. Die Regierungspolitik soll an dem Ergebnis schuld sein, und schließlich soll in dem Wahlergebnis auch eine Stabilisierung zu erkennen sein, die sich in den nächsten Wahlen verdeutlichen werde. Die SPD ist ganz offensichtlich nicht in der Lage, die Ereignisse zu deuten.

Die Sozialstruktur, die Struktur der Wahlergebnisse, die von den Parteien vertretenen Werte und die von ihnen verantwortete Staatspolitik hängen zwar zusammen, kommen aber auf je verschiedene Weise zustande. Die Sozialstruktur ergibt sich aus vornehmlich wirtschaftlichen Prozessen. Die von den Parteien vertretenen Werte ergeben sich aus Traditionen, sie sind es, was die einzelnen Personen mit der Gesinnungsgemeinschaft verbindet. Die Staatspolitik trifft die sozialen Gegensätze an und interveniert mit öffentlichen Mitteln.

stößt, ist das Ansehen der Regierung schlecht.

Ein Wort zu Situation der Grünen

Aber Grün geht doch gut? Von weit außen gesehen: Ja. Aber vom Standpunkt der Parteistrategie nicht. Fischer hat sich zusammen mit Schröder auf die Fortsetzung von Rot-Grün festgelegt. Aber die Koalition verliert. Wäre es so, dass die Grünen ihre Stimmenzuwächse den Konservativen und Liberalen abjagten, könnte man noch mit einiger Berechti-

Das vorläufige amtliche Endergebnis der Landtagswahl 2004 im Saarland:

	Stimmen	2004	1999	+/-	Sitze
Ber.	816 032				
Abgg.	452 805	55,5	68,7	-13,2	
Gültig	441 571				
CDU	209 670	47,5	45,5	+1,9	27
SPD	136 206	30,8	44,4	-13,5	18
Grüne	24 827	5,6	3,2	+2,4	3
DSO	459	0,1	-,-	-,-	-
DP	362	0,1	-,-	-,-	-
GRAUE	6 285	1,4	-,-	-,-	-
Familie	13 103	3,0	1,0	+2,0	-
FDP	22 838	5,2	2,6	+2,6	3
NPD	17 584	4,0	-,-	-,-	-
PDS	10 237	2,3	0,8	+1,5	-

gung von einem Problem der SPD reden. Da aber nicht bezweifelt wird, dass der große Teil der Grünen-Zugänge SPD-Abgänge sind, hat die Stärkung der Grünen nicht die Perspektive zu einem Wahlsieg von Rot-grün auf Bundesebene. Auf die Grünen im Bund wartet die Oppositionsbank. Das wird die Partei hart ankommen, da sie sich von einer Partei, die Basisbewegungen gegenüber dem staatlichen System vertritt, gewandelt hat zu einer Partei, die gerade durch Regierungsbeteiligung Anliegen ihrer Anhänger fördert. Die Partei, die aus Kritik und Widerstand entstand, hat auf ihrem Wege an die Staatsspitze allerhand fallen lassen. Konstituierende Grundwerte gingen verloren. Aus der vollständigen Ablehnung des Krieges mit allenfalls der Ausnahme des Widerstands gegen gewaltsamen Kolonialismus, Faschismus und Imperialismus wurde die Legitimation von Interventionskriegen. Die BRD ist nicht der „Kriegsdienstverweigerer unter den Staaten“, sondern in eine wachsende Zahl von Kriegen verstrickt. Beschädigt ist auch der Gleichheitsgrundsatz, der für den starken links-alternativen und christlich-sozialen Flügel der Grünen wichtig war. Er ist der achselzuckenden Akzeptanz von Bereicherungsstrategien gewichen. Es bleiben der Abschaltplan der Atomkraftwerke und die Wind-Technik. Dieses Band zu ihren Wählern können die Grünen unmöglich auch noch kappen. Einzelne Menschen können sich erheblich umorientieren und doch irgendwie weiterleben. Soziale Systeme indessen müssen sich bei Verlust ihrer Grundstruktur auflösen. Wenn die BRD an allen Ecken der Welt Krieg führt, auf den Strassen massenhaft gebettelt werden muss, die AKWs weiter dampfen und strahlen, während der Gen-Mais blüht, lässt sich das ganze nicht mehr durch eine Verpackung „Grün wirkt“ zusammenhalten. Die Hürden für schwarz-grüne Koalitionen auf Bundesebene sind also hoch.

Die Flaute und die SPD

Die SPD beruht auf den Grundwerten wie Chancengleichheit und Verteilung nach (Arbeits)leistung. Der Verzerrung der Chancen, die durch die unterschiedliche Begüterung der Familien gegeben ist, sollen Gesetze und staatliche Leistung entgegenwirken. Einkommen, das nicht durch Arbeitsleistung legitimiert ist, wird zur Entzerrung der Ungleichheit belastet. Der Konflikt mit dem Eigentum wird durch die Wachstumschance gedämpft, die beiderseitigen Vorteil zwischen Lohnarbeit und Kapital ermöglicht. Kann diese Situation über Jahre hin nicht hergestellt werden, hat die Sozialdemokratie es schwer. So zum Beispiel während der Weltwirtschaftskrise im vorigen Jahrhundert. Die lang anhaltenden niedrigen Wachstumsraten in der BRD haben dieses Problem zum Tragen gebracht. Die Gerechtigkeitsfrage, die in

Änderungen an Hartz IV

Was haben die Proteste gegen das vierte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt, Hartz IV, bisher an Faktischem erreicht? Das Bundeskabinett hat am 1. September insgesamt vier Änderungen beschlossen:

1. Der Freibetrag für Ersparnisse von Kindern wird auf 4100 Euro erhöht, unabhängig vom Alter des Kindes. Damit war die Bild-Zeitungs-Schlagzeile „Sie nehmen unseren Kindern die Sparbücher weg!“ erledigt.

2. Auch der zweite große „Aufreger“, der erste Auszahlungstermin des Arbeitslosengeldes II, wurde von der Regierung geändert: Die erste Zahlung erfolgt jetzt doch Anfang Januar, auch wenn die letzte Zahlung von Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe Ende Dezember erfolgt ist. Das soll angeblich über 800 Millionen Euro zusätzlich kosten, die aber irgendwann auch wieder reinkommen: Denn die letzte Zahlung von Arbeitslosengeld II im Falle einer Arbeitsaufnahme erfolgt auf Kreditbasis. Wer zum Beispiel ab Januar 2005 ALG II bezieht und dann im September 2005 eine Arbeit bekommt und den Lohn dafür Ende September, muss das Arbeitslosengeld II, das er am 1.9. erhalten hatte, zurückzahlen. Damit hat er acht Monate ALG II erhalten, genausoviel wie das ursprünglich im Gesetz vorgesehen war.

Soweit das Zuckerbrot, dann wurde außerdem noch zwei „handwerkliche Probleme“ durch Beschluss erledigt, nämlich:

3. Existenzgründer für eine Ich AG müssen jetzt einen Plan vorlegen und sich überprüfen lassen. Damit ist verunmöglich, was angeblich einige Arbeitsloseninitiativen propagiert und die rechte Fernsehsendung Report verbreitet hatten: Langzeitarbeitslose sollen eine Ich AG anmelden und damit für zwei Jahre monatlich ohne weitere Verpflichtung 600 Euro Zuschuss kassieren, statt 345 Euro Arbeitslosengeld II.

4. Schließlich wird noch die Geltungsdauer für die Erprobung von Vermittlungsgutscheinen verlängert. Arbeitslose erhalten einen Gutschein für Arbeitsvermittlung, mit dem sie zu privaten Agenturen gehen können, die dafür im Erfolgsfall bis zu 2000 Euro erhalten können, eine Leistung, die bisher kaum in Anspruch genommen wurde.

Weitere Änderung soll es laut Schröder vorerst nicht geben. Zu erwarten ist allerdings, dass auch noch die sogenannte 58er-Regelung nachgebessert wird. Gemeint sind jene Fälle, wo Groß-

konzerne und -organisationen bei Schrumpfungprozessen ältere Arbeitnehmer überredet haben, sich auf Kosten der Arbeitslosenversicherung bzw. der Staatskasse kündigen zu lassen. Das funktionierte so: Wer 58 Jahre und älter ist, sich kündigen lässt, gegenüber dem Arbeitsamt erklärt, er wolle sich gar nicht mehr vermitteln lassen und werde zum frühestmöglichen Termin Rente beantragen (in der Regel mit 63), erhält trotzdem zunächst Arbeitslosengeld und im Anschluss Arbeitslosenhilfe. Dazu kommt dann oft noch eine Abfindung von der Firma, die den Unterschied zwischen Nettolohn und Arbeitslosenunterstützung ausgleicht. Diese schäbige Praxis, die es Firmen und Organisationen erlaubte, kostengünstig ihre Belegschaften zu verkleinern und zu verjüngen, wurde einst von Kohls Arbeitsminister Blüm Anfang der 80er Jahre eingeführt und findet jetzt mit den rot-grünen Arbeitsmarktesetzen endgültig ein Ende.

Aber die Betroffenen, es sollen rund 400.000 sein, die solche Verträge unterschrieben haben und nun auf einmal wegen Anrechnung der Ehegatteneinkommen oder des vorhandenen Vermögens gar nichts oder maximal die 345 Euro ALG II erhalten, sind allerdings die Betroffenen. Weil ihnen vermutlich jedes Gericht einen Vertrauensschutz zugestehen wird, dürfte das Bundeskabinett auch hierfür noch Ausnahmeregelungen beschließen.

Zusammengefasst: „Nachgebessert“ hat die Regierung an einigen wenigen Punkten, die vielleicht den einen oder anderen beruhigen können, dem mit der Diskussion um Hartz IV deutlich wurde, wie tief der gesellschaftliche Absturz von sicher geglaubten Positionen sein könnte. Ansonsten lässt die Regierung Meldungen wirken, wie jene, dass die Zeitarbeitsagenturen plötzlich Zulauf hätten, dass Hotellerie und Restaurants auf einmal ernst gemeinte Bewerbungen von Langzeitarbeitslosen hätten und sogar die Bauern nicht mehr nur auf Erntehelfer aus Polen angewiesen seien. Ob das ausreicht, verängstigte und beunruhigte SPD-Anhänger wieder ruhig zu stellen, ist ungewiss; die Regierung probiert es aber mit: Seht doch, es wirkt sogar schon als Ankündigung.

Wer dabei unter die Räder kommt, steht auch schon fest: Es sind die Menschen, die auf die Leistungen aus dem Arbeitslosengeld II oder dem Sozialgeld angewiesen sind. Die 345 Euro, die außer den Wohnungskosten, alles Lebensnotwendige abdecken sollen, sind zu gering – siehe hierzu den Kasten von Frieder Claus (siehe nächste Seite). Viele Sozialverbände verlangen deshalb eine Erhöhung des Regelsatzes auf 400 Euro, eine Forderung, die sich auch die PDS zu eigen gemacht hat.

der Wählerschaft der Sozialdemokratie aufgeworfen wird, kann sich nicht mehr glaubwürdig in einer demnächst zu erreichenden „Win-Win“-Situation auflösen. Sie schreit nach Transfer des Reichtums zur Armut und zwar durch den Staat. Gerade weil die Karten auf dem Arbeitsmarkt so schlecht verteilt sind, dass Kämpfe zwischen Lohnarbeit und Kapital um die Primärverteilung schwierig werden, kommt der Ruf nach staatlichen Maßnahmen nicht selten von Gewerkschaftern, die sich die Zähne ausgebissen haben. Das ist die Situation, in der die Idee einer neuen Linkspartei irrlichert. Es handelt sich dabei um ein gefährliches Trugbild. Denn wenn die Grundidee Umverteilung durch den Staat ist, dann muss eine Mehrheit dafür in Sicht sein, und zwar eine sehr, sehr starke. Könnte eine neue Linkspartei zu einer solchen Mehrheit beitragen? Mit wem denn?

Die SPD, repräsentiert durch Münterfering und Schröder, erwartet, dass irgendeine Art von Aufschwung kommt, die dieses Problem löst und der Partei in einem Wachstumskorridor die Flucht nach vorne ermöglicht, der die Wählerinnen und Wähler an ihre Seite zurückführt und Rot-Grün die Mehrheit der Mandaten verschafft. Kommt es zum passenden Zeitpunkt zu einem konjunkturellen Hoch, ist diese Spekulation nicht völlig aussichtslos. Die SPD würde aber auch in diesem Fall sehr erhebliche Belastungen zu spüren kriegen.

Der Wandel der Sozialstruktur

Noch 1990, als die Ablösung der Kohl-Regierung anstand, war die SPD in der Lage, aus der Zergliederung der modernen, industriellen, marktbestimmten und staatlich eingehegten Gesellschaften in soziale Milieus eine angemessene strategische Konsequenz zu ziehen. Sie erkannte, dass eine Mehrheit links von der Mitte möglich sei, weil in all diesen verschiedenen Milieus der Konflikt von Eigentum und Arbeit präsent ist, so dass eine auf die Emanzipation der Arbeit vom Eigentum gerichtete Politik überall

Anhang finden kann (wenn auch in unterschiedlichem Maße). Die Sozialdemokratie erkennt auch, dass wegen der Verschiedenheiten im Lebensstil und der dadurch bedingten unterschiedlichen Ausprägung politisch miteinander verträglicher Gesinnungen, eine linke Mehrheit nur in einem Parteienbündnis Ausdruck finden kann. Die Idee Rot-Grün war geboren. Eine Mehrheit links von der Mitte bildete sich. Sie war komfortabel, zumal an ihrem linken Flügel auch noch die nicht an der Regierung beteiligte, aber zweifellos für linke Projekte gute PDS zur Verfügung stand. Als nun Schröder seine Basis nicht mehr in einer „Mehrheit links von der Mitte“ sah, sondern sich auf die „neue Mitte“ bezog, war vorgezeichnet, dass Rot-Grün auf diesem Abweg die Mehrheit verlieren würde. Denn diese Begriffsbildung war ausgrenzend. Sie wurde von den Betroffenen auch als Absage aufgefasst. Für einen kurzen Moment gelang es im Wahlkampf nochmals, die alte Begeisterung zu wecken, Auslöser dafür war die Kritik am Überfall auf den Irak und die Solidaritätswelle, die der Flutwelle der Elbe folgte. Es reichte für die Mehrheit, aber nur auf Kosten der PDS.

In ihrer zweiten Legislaturperiode hat die Regierung Schröder/Fischer sich zunehmend auf die Repräsentation der neuen Mitte eingeengt. Nun ist die „neue Mitte“ keineswegs eine Leerformel. Sie bezeichnet Menschen, die ihr Geld in Beschäftigungen verdienen, die gute schulische Bildung und meist auch Studien voraussetzen, und die gutes Geld verdienen, das sie in gehobenen Konsumtionen verbrauchen oder auch zu einem kleinen Vermögen anhäufen können. Der Bedarf der Wirtschaft an solchen Arbeitskräften stieg über viele Jahrzehnte hin überproportional, dieses Arbeitsmarksegment konnte sogar in Zeiten der Stagnation immer noch wachsen, während der Markt für die traditionellen Beschäftigungen in der Industrie und dem Dienstleistungssektor immer enger wurde.

Die Orientierung hin auf die neue Mitte hat das Arbeiter- und kleine Ange-

stelltenmilieu zunächst mit Nichtachtung gestraft, und dann mit den neuen Sozialgesetzen auch noch eine politisch-ideologische Abgrenzung vollzogen.

Freie Lohnarbeit

Die Übernachfrage nach „qualifizierter“ und die gleichzeitige Unternachfrage nach „einfacher“ Arbeitskraft erzeugt eine täuschende ideologische Ausstrahlung, jene Arbeiten werden geschätzt, diese verachtet. In der ganzen Breite Produktion wird die praktisch-ausführende Seite vernachlässigt zugunsten der zielsetzenden und leitenden Tätigkeit. Es gibt viele Anzeichen dafür, dass die Qualität der Produkte zu leiden beginnt, denn der Arbeitsprozess ist Denkprozess und praktischer Prozess. Jetzt bereits ist sicher, dass die Menschen, die nahe am Produkt oder überhaupt praktisch arbeiten, von der neuen Mitte quasi abgehängt werden. Sie werden den Schwankungen der Produktion ausgesetzt. Ihre Beschäftigung wird unstet. Zu ihrem Unterhalt muss die öffentliche Hand beitragen. An diesem Punkt scheiden sich gegenwärtig die Geister.

Man könnte sich darauf besinnen, dass Industrie und Dienstleistungsbereich ohne praktisch tätige Menschen nicht auskommen können, und auch darauf, dass die Arbeitskräfte nichts dafür können, dass sie nur unstet nachgefragt werden. In diesem Falle würde man die Unterhaltskosten als Subvention der Industrie begreifen. Aber davon ist man ganz abgekommen.

Man könnte auch von der Arbeitskraft ausgehen und zugeben, dass die Entwicklung von Flexibilität und Initiative von einer gesicherten sozialen Basis aus allemal eher gelingen wird.

Stattdessen gibt die Staatspolitik der neuen Mitte den Zusammenhang aller Lohnarbeit auf. Sie tut, als ob die Versetzung in die Reserve freie Wahl der Betroffenen, ihre Schuld sozusagen wäre. Die Hatz IV-Zone ist als Besserungsanstalt gedacht. Es ist verständlich, dass die so Missachteten sich bis zur Weißglut gereizt fühlen und von dem Gedanken be-

Neue Härten für Empfänger von Alg II

von Frieder Claus

Viel gelogen wird derzeit im Zusammenhang mit dem neuen Arbeitslosengeld II ab Januar 2005. Demnach gebe es eine ganze Reihe von Gewinnern bei den Alhi-Beziehern sowie generell allen Sozialhilfebeziehern. Daran ist fast nichts Wahres. Alhi-Bezieher hatten mit aufstockender Sozialhilfe immer mindestens den Sozialhilfebedarf gesichert. Dieser wird aber, auch für alle SozHi-Bezieher abgesenkt:

– die erhöhte Regelleistung mit zusätzlich 16% für unregelmäßige Sonderanschaffungen (Pauschale f. Kleider, Möbel,

Elektrogeräte, Wohnungsrenovierung, Kinderwagen, Weihnachtsaufwendungen...) deckt diesen Bedarf besonders bei Familien mit Kindern nicht annähernd. Der Bundesdurchschnitt laut ISG ging hier in Richtung 19%.

– Die neuen Belastungen der Gesundheitsreform wurden nicht berücksichtigt.
– Die Regelsätze für Kinder wurden unterm Strich um 2 Mio. Euro abgesenkt.
– Die Regelsätze hätten nach 10 Jahren „Deckelung“ einen Nachholbedarf von mind. 10-15% gehabt. Was nützen dann die erhöhten Vermögensgrenzen und erlaubten Autos, wenn man das Geld dazu nie zusammenbringt?

Neben den diskutierten Problemen von ausfallender Monatszahlung (inzwischen für den ersten Monat Januar 2005 gelöst,

aber für jährlich 80.000 Übergänge von Alg I nach Alg II immer noch da) und dem berühmten Kindersparbuch gibt es eine Fülle von unbekannten Härten.

Hierzu nur drei Beispiele:

Sozialversicherungsbeiträge für herausfallende Arbeitslosenhilfebezieher. Ungefähr eine halbe Million Menschen, die bislang noch von Arbeitslosenhilfe leben, werden ab Januar mit dem neuen Arbeitslosengeld II nichts mehr bekommen. Gründe sind die neuen Leistungen auf oder unter Niveau der Sozialhilfe, die in vielen Fällen von Partnereinkommen oder angesparter Rücklagen keinen „Bedarf“ mehr sehen. Damit werden aber auch Beiträge für die Krankenkasse oder die Rente nicht mehr übernommen, die

Positionsbestimmungen und Aktionsvorschläge zu Hartz IV – Beschluss des Parteivorstandes der PDS vom 23. August 2004 / Überschriften

I. Die PDS lehnt Hartz IV prinzipiell ab

Welche Leistungen gibt es bei Arbeitslosengeld II? • Warum wir die Hartz-IV Gesetze ablehnen • Hartz IV verschärft die Armut • Hartz IV schafft keine Existenzsichernden Arbeitsplätze • Hartz IV zwingt in die Dequalifizierung • Hartz IV geht zu Lasten der Kommunen und Ostdeutschlands

II. Die PDS bietet Alternativen ... an

Arbeitszeitverkürzung • Stärkung der Binnenkaufkraft • Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes • Umverteilung innerhalb der sozialen Sicherheitssysteme • Öffentliche Investitionen anheben und gezielter einsetzen • Öffentlich geförderter Beschäftigungssektor • Bedarfsorientierte soziale Grundsicherung (= 750 Euro)

III. Kurzfristige Maßnahmen zu und Korrekturen an Hartz IV

Längere Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes • Bestand der so genannten „58er-

Regelung“ • Leistungen erhöhen, von Gesundheitskosten befreien • Zuverdienstmöglichkeiten verbessern • Veränderte Anrechnung des Partnereinkommens • Kindergeld den Kindern • Veränderte Anrechnung von Altersvorsorge • Zumutbarkeitsregelungen entschärfen • Anspruch auf Vermittlungsleistungen • Unabhängige Beratung ermöglichen • Recht auf ein Girokonto

IV. Zur Umsetzung von Hartz IV in Ländern und Kommunen

Angemessenheit der Wohnung klar definieren und Ausnahmetatbestände schaffen • Programme zur kommunalen Beschäftigung • Eckpunkte kommunaler Beschäftigung

V. Unterstützung des politischen Widerstandes und Hilfe für Betroffene

V.1 Unterstützung des politischen Widerstandes/ Beteiligung am „Heißen Herbst“ • V.2 Hilfe für Betroffene/ PDS als Anlaufstelle für Betroffene

seelt werden, es denen heimzuzahlen, die sie in eine solche trostlose Lage verladen.

Es ist in diesen Dingen so, dass wenig viel ausmachen kann. Eine Mehrheit links von der Mitte hätte die Ursachen von Arbeitslosigkeit und unsteter Beschäftigung ins Zentrum der Debatte zu rücken. Sie müsste von der ideologischen und preislichen Unterbewertung der praktischen Arbeit reden. Sie müsste davon sprechen, dass die Übernachfrage nach „Qualifizierten“ höchstwahrscheinlich kein Phänomen von Dauer ist, sondern dass eine neue „Durchlässigkeit“ oder „Mobilität“ nach unten entstanden ist.

Mit ihrer Devise „Fördern und Fordern“ pflegen die Repräsentanten der neuen Mitte die Illusion, jedem könne bei ausreichender eigener Anstrengung zum Aufstieg in sichere Gefilde verholfen werden, und in den Fällen, in denen es nicht klappt, könnten Restriktion, auf deutsch gesagt: Geldstrafen, viel Gutes

bewirken. Eine solche politische Antwort auf die Unterachfrage nach Arbeitskraft beschädigt ganz beiläufig die demokratische Grundstruktur der Gesellschaft grundlegend. Die Freiheit der Lohnarbeit wird relativiert. Es werden Arbeitsverhältnisse geschaffen, die durch Zwang konstituiert sind. Wenn das eine Mehrheit gibt, ist sie nicht mehr links von der Mitte zu finden.

Neue Mehrheiten

Die Union, so sagt der alte und neue Ministerpräsident Müller, habe im Saarland die Wahlen gewinnen können, weil ihre politischen Werte durch den Bezug auf die katholische Soziallehre geordnet würden. Die katholische Soziallehre zieht in der Tat dem staatlichen Handeln Grenzen. Sie erlaubt allerdings gesellschaftliche Organisation von Unmündigkeit. Das Verhältnis von Herr und Knecht, Vorgesetztem und Untergebenen, Oberen und Unteren wird durch die

Bindung an die gleichen Gebote bloß moderiert.

Linksparteien, die mit dem Anspruch des Individuums auf Anerkennung seiner unveräußerlichen Freiheit spielen, können solchen konservativen Perspektiven keine Alternative entgegenstellen. Sie werden links und rechts gleichzeitig überholt.

In dieser Konstellation ist es von größter Bedeutung, dass die PDS ihre Programmdiskussion bis zu dem Punkt geführt hat, an dem sie den Vorrang der individuellen Freiheit erkannt und zu den Leistungspflichten des Staates ins Verhältnis gesetzt hat. Sie hat eine interessante Konsequenz aus dem Untergang des Realsozialismus und der Unerträglichkeit der Kapitaldominanz gezogen. Mit dem Ausbau dieser Theorie und einer damit so lala verträglichen Praxis hat die PDS in den neuen Bundesländern sehr beachtliche Wahlergebnisse. Sie kann in Kommunen und auf Landesebene Mehrheiten bilden.

Die PDS ist keineswegs darauf verwiesen, die durch das soziale Geschehen veralteten Positionen der SPD einzunehmen. Sie hat ihre eigene Strategie, die so formuliert werden kann, dass sie überall dort verstanden wird, wo man von Arbeit lebt bzw. leben will. Auch im Westen, wo mächtige Traditionen dafür sorgen, dass die Abbildung neuer Konstellationen im Parteiensystem Zeit braucht, mehrnen sich die Anzeichen dafür, dass die Funktion der PDS zumindest in den Kommunen Anerkennung findet.

Nach den Wahlen dieses Monats (noch Landtagswahlen in Sachsen und in Brandenburg sowie Kommunalwahlen in NRW) wird der Bundestagswahlkampf voll entbrennen. Zweifellos werden SPD und Grüne neuerlich einen Alleinvertretungsanspruch für linke Politik zu begründen versuchen. Wenn es ihnen neuerlich gelänge, die PDS aus dem Spiel zu drängen, wäre die Bahn frei für abstoßende Koalitionsspiele, zu denen es – auch perspektivisch – schon wieder „keine Alternative“ gäbe.

(alk, maf)

bei Krankheit oder Erwerbsminderung unerlässlicher Schutz sind. Mit einem Mindestbeitrag bei der AOK von 140 Euro und bei der Rente von 78 Euro kommen da fast 220 Euro zusammen. Wer am Rande der Sozialhilfebedürftigkeit lebt, bekommt ein existenzielles Problem: das Existenzminimum wird massiv unterlaufen.

Doppelte Zuzahlungen zu Arznei- und Praxisgebühren für Langzeitarbeitslose. Über 2 Millionen Sozialhilfeempfänger werden ab Januar das neue Arbeitslosengeld II erhalten. Die bisherigen Zuzahlungen zu den Gesundheitskosten waren für sie auf 72 Euro maximal begrenzt, weil als Jahreseinkommen mit einer Sonderregelung nur der Regelsatzanteil von mtl. 297 Euro gerechnet wurde. Im

neuen Gesetz entfällt – bei gleicher Leistung – diese Regelung, für die nun Pflichtversicherten wird als Einkommensbasis der gesamte Monatsbezug einschließlich Miete, Bekleidungssatz u.a.m. gezahlt. Damit kommt es bei Alleinstehenden sofort zu einer Verdoppelung der Belastungsgrenze. Dabei haben die Belastungshöhen schon Sozialhilfeempfänger vor schwere Probleme gestellt, weil man die Sozialhilfe nicht an die Zusatzkosten angepasst hat. Nun lehnt man wieder eine Erhöhung des Sozialsatzes ab, verdoppelt aber nochmals die Belastung. Die Arbeitslosen können immer weniger zum Arzt gehen. Eine Lösung muss die Wiedereinführung der alten Härtefallregelung sein, nach der Einkommensschwache von Zuzahlungen und Leis-

tungsausschlüssen gänzlich befreit werden.

Heimbewohner mit Alg II ohne Taschengeld und Bekleidung. Erwerbsfähige Heimbewohner verlieren nach spätestens sechs Monaten ihren Anspruch auf SGB-II-Leistungen (§ 7, Abs. 4 SGB II). So werden z.B. Wohnungslose, die sich in einer teuren stationären Hilfe zur Wiedereingliederung befinden, auch vom Arbeitsmarkt abgeschnitten. Doch damit nicht genug: ihr Anspruch auf Taschengeld und Bekleidung ist als „Hilfe zum Lebensunterhalt“ in der Sozialhilfe (§ 35 SGB XII) geregelt – und die ist für Bewohner von Alg II verboten. Dieses müssen sie aber für die Heimkosten einsetzen.

Sozialpolitische Infos, 23.8.2004, zu beziehen durch E-Mail von friederclaus@web.de

Asymmetrische Kriegsführung und die Frage der Befreiung

Die Geiselnahme von über tausend Kindern und Erwachsenen in der ossetischen Stadt Beslan, die in einem Blutbad endete, ist der vorerst letzte Höhepunkt einer Terrorwelle, die Russland erschüttert. Der Zusammenhang dieser furchtbaren Tat mit der Unterdrückung tschetschenischer Separationsbestrebungen durch Russland, mit dem anhaltenden Krieg, dem Wüten und der Willkür der russischen Armee und anderer „Sicherheitskräfte“ gegenüber der Zivilbevölkerung in der Kaukasusrepublik ist unbestreitbar. Aber das durch tschetschenische und andere Rebellen verübte Kriegsverbrechen lässt keinen Zweifel zu, dass die imperiale Ordnung der Welt, in diesem Falle ihres vom neuen Russland beherrschten Teils, durch Organisationen und Bewegungen, die auf fundamental-religiösen Ideologien errichtet sind, nicht aufgebrochen werden kann. Das bestätigt sich nicht nur im Kaukasus, sondern auch in anderen Teilen der Welt, die mit imperialistischen Neuordnungsbestrebungen und daraus resultierenden Konflikten konfrontiert sind, vor allem an den Grenzen zwischen der westlich und der islamisch geprägten Welt, im Irak, in Afghanistan, aber auch in Palästina und anderswo.

Die Brutalität der Konflikte erklärt die Enthemmung nicht, die sich in Selbstmordattentaten äußert, deren wichtigstes Ziel scheint, möglichst viele Menschen mit in den Tod zu reißen, auch wenn es sich um Kinder handelt. Niemals hat sich, auch annähernd nicht, die kurdische Befreiungsbewegung zu vergleichbaren Kriegsverbrechen hinreißen lassen, obwohl die Unterdrückung der kurdischen Bevölkerung durch die Türkei in den schlimmsten Zeiten der Unterdrückung der tschetschenischen Bevölkerung durch Russland kaum nachstand.

Bewegungen aber, die religiöse Formen annehmen und ihren Kampf mit religiösen Motiven legitimieren, bzw. politische Systeme, die religiös fundiert sind, tendieren dazu, die einzelnen Individuen ein- und unterzuordnen und ihre Gewissensfreiheit an sich zu reißen. Damit zerstören sie die entscheidende Hemmung für kollektive, vorstaatliche Gewalt ebenso wie für die Entfesselung des staatlichen Gewaltmonopols. Der Einzelne, der letztlich die Gewalt gegen seine Mitmenschen ausübt, wird zum Werkzeug einer heiligen Pflicht und einer übergeordneten, abwesenden Instanz.

Es ist inzwischen gang und gäbe, die von solchen Bewegungen verübten

Kriegsverbrechen aus der muslimischen Kultur zu erklären. Im „Kampf gegen den Terrorismus“ wird der Terrorismus direkt oder indirekt mit muslimischen Gruppen und dem Islam gleichgesetzt. Das hat fatale Folgen: Die imperialistischen Kriege und Besetzungen werden mit dem zügellosen, absolute Feindschaft und Unvereinbarkeit setzenden Moment des Religions- und Kulturkampfes aufgeheizt. Das führt im Inneren der Metropolen, wo viele Millionen Muslime leben, ob in Russland, Europa oder den USA, fast unvermeidlich zu einer Art zweiten Front.

Deshalb ist unbedingt daran festzuhalten, dass solche religiös-fundamentalistischen Ein- und Unterordnungsprozesse kein Spezifikum der muslimischen Kultur ist. Gerade in Deutschland daran zu erinnern, dass die schlimmsten Folgen einer solchen Ein- und Unterordnung der deutsche Faschismus hervorgebracht



hat, der im fanatischen Glauben an den „Führer“, zweifellos eine Art von Religion, seine Massenbasis hatte.

Auch ist daran festzuhalten, dass es die Kriege und Kriegsverbrechen der mächtigen Staaten sind, seien es die USA, die den „Krieg gegen den Terror“ als „Kreuzzug“ legitimierte, die BRD, die den Angriffskrieg gegen Jugoslawien scheinheilig als Lehre aus dem Faschismus rechtfertigte, oder das aus dem Zerfall der Sowjetunion hervorgegangene Russland, das das verbliebene Territorium mit Gewalt zusammenzuhalten trachtet, die letztlich die entfesselten Gewalttaten auslösen, von denen sie getroffen werden.

Gleichwohl: Solche Gewalttaten sind nicht nur Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Sie sind darüber hinaus politische Verbrechen. Sie treiben die Menschen in den imperialistischen Metropolen der Staatsmacht in die Arme und ermöglichen oder begünstigen die Entfesselung des staatlichen Gewaltmonopols.¹ Die politischen Bewegungen in den Metropolen, die gegen den militärischen Interventionismus, für die Bändigung des staatlichen Gewaltmonopols und für demokratische und friedliche Konfliktregulierung kämpfen, drohen in die Minderheit zu geraten oder gar ganz an den

Rand gedrängt zu werden. So geht es Menschenrechtsgruppen in Russland oder der Friedensbewegung in Israel, um zwei besonders bedrückende Beispiele zu nennen. Nicht, weil ihre Positionen falsch sind. Sondern weil in den Brennpunkten der Konflikte die Alternativen nicht aufscheinen oder verschwinden und sicher nur scheint, dass die Übertragung des staatlichen Gewaltmonopols an Organisationen von Kriegsverbrechern keine Alternative ist.

Freiwillig wird sich weder die russische Armee aus Tschetschenien noch die Nato aus Afghanistan noch die US-geführte Koalition aus Irak noch Israel aus den palästinensischen Gebieten zurückziehen. Kampf, wohl auch bewaffneter Kampf ist angesichts der konkreten Situation unvermeidlich. Für die Perspektive des Kampfes ist jedoch entscheidend, was die Kämpfenden sich erlauben und was sie sich verbieten. Deshalb liegt zwar nicht die Ursache der Probleme, aber in einer gewissen Weise ein wichtiger Schlüssel zur weiteren Entwicklung in der islamischen Welt. Wie sie die Frage der Befreiung verhandelt, welche Mittel sie als angemessen zulässt oder als verboten bannt, ist für die Bedingungen und Chancen des Kampfes um Demokratie und Frieden, der in den Metropolen geführt werden muss, von enormer Bedeutung.²

Die Diskurse in der islamischen Welt sind, allein schon wegen der Sprach- und Schriftbarrieren, hierzulande nicht leicht zu verfolgen. Aber es gibt doch Anzeichen, so die Beendigung des religiös geführten Aufstandes in der irakischen Stadt Nadjaf durch hohe schiitische Geistliche. Im Fall der beiden französischen Journalisten, die von einer islamistischen Terrorgruppe als Geiseln genommen wurden, um die Rücknahme des Kopftuchverbots in Frankreich zu erpressen, setzt sich eine breite muslimische Front von den muslimischen Dachverbänden in Frankreich bis zu hohen Geistlichen in praktisch allen arabischen Ländern für die Freilassung ein. Selbst die in Ägypten verbotene islamistische Muslimbruderschaft schloss sich der Forderung an und erklärte, eine Entführung zur Durchsetzung einer Gesetzesänderung in einem anderen Land sei nach islamischem Recht nicht legitim. Bei Redaktionsschluss ist das Schicksal der Geiseln ungewiss, aber der Verlauf lässt die Hoffnung zu, dass diese Art der Kampfesführung der Boden entzogen wird. scc

1 Dieser Zusammenhang ist politisch so bekannt, wenngleich oft unzureichend reflektiert, so dass er immer wieder die Frage nach den Urhebern solcher Verbrechen und alle möglichen Verschwörungstheorien hervorruft.

2 Natürlich ist auch von den christlichen Kirchen eine unzweideutige Abgrenzung zu religiös begründeter Kriegsführung zu erzwingen. Der Erzbischof von Canterbury etwa hatte den zum „Kreuzzug“ ausgerufenen Krieg gegen Afghanistan als „gerechten Krieg“ gerechtfertigt, den gute Christen unterstützen müssten.



Während des Parteitages der Republikaner in New York fanden zahlreiche Demonstrationen statt, die sich vor allem gegen den Irak-Krieg, aber darüber hinaus gegen praktisch alle unsozialen, ungerechten und repressiven Maßnahmen der Bush-Administration richteten. Am 29.8. fand mit um die 400.000 Teilnehmern die größte Demonstration statt. Das Bild zeigt den „Marsch für Gerechtigkeit und Freiheit“.

Appell des polnischen Sejm an Deutschland

Kurz vor dem 65. Jahrestag des faschistischen Angriffs auf Polen, Beginn des Zweiten Weltkrieges, appellierte der polnische Sejm, das Parlament, an Deutschland „die Verantwortung für die Folgen der Aggression auf Polen ein für allemal zu übernehmen“. Der Appell wurde einstimmig beschlossen. Mit ihm fordert der Sejm „eine besondere Achtung für die historische Wahrheit“. Er erwartet von Deutschland sowohl die Anerkennung der Verantwortung für die Folgen der Aggression auf Polen als auch der daraus resultierenden rechtlichen Konsequenzen. Zuvor hatten verschiedene Parlamentsparteien einen Antrag vorgelegt, mit dem die Regierung verpflichtet werden sollte, Entschädigungsforderungen für die in Folge des Krieges erlittenen Verluste zu erheben. Diese Verluste werden auf insgesamt 640 Mrd. Dollar und allein in Warschau auf über 30 Mrd. \$ geschätzt. Die Mehrheit hatte sich jedoch für Änderungen eingesetzt, damit, so die Begründung der Fraktion der Polnischen Sozialdemokratie, der Beschluss „der polnisch-deutschen Versöhnung dient und nicht neue Konflikte hervorruft“. (Quelle: DW)

Litauen fordert „Entschädigung“ von Russland

Die litauische Regierung beabsichtigt, in diesem Monat Verhandlungen mit den anderen baltischen Republiken aufzunehmen, um gemeinsam Entschädigungsforderungen gegenüber Russland zu erheben. Präsident Adamkus gab in der letzten Woche einer russischen Tageszeitung ein Interview, in dem er u.a.

erklärte, Litauen habe das „moralische Recht“, eine Entschädigung für die Verluste zu fordern, die es aufgrund der 50-jährigen sowjetischen Herrschaft erlitten habe. Schon 2000 hatte das litauische Parlament die Regierung per Gesetz zu Verhandlungen mit Russland über Entschädigung – Litauen erhebt Forderungen in Höhe von umgerechnet 23 Mrd. Euro – verpflichtet. Der litauische Präsident verstieg sich zu der Aussage, dass Litauen „das gleiche Recht auf Entschädigung (habe) wie die europäischen Länder, die durch Hitlerdeutschland gelitten haben“. Das russische Außenministerium hat als Reaktion auf das Interview von Adamkus jeden Anspruch auf Entschädigung abgelehnt. Die Gleichsetzung mit Hitlerdeutschland werde in Russland angesichts des Beitrags der Sowjetunion an der Befreiung vom Faschismus als Verhöhnung betrachtet. Brisant werden die Forderungen Litauens vor allem dadurch, dass die Regierung Polen und auch andere ehemalige Mitgliedstaaten des RGW um „Hilfe“ anruft. Das polnische Außenministerium äußerte sich dazu bisher noch nicht, erklärte aber, dass man selbst Schritte unternehme, „um Wiedergutmachung zu erhalten für vieles, das ein Relikt aus sowjetischen Zeiten darstellt“. (Quelle: DW)

Slowenien: Friedensinstitut warnt vor Intoleranz

Das Friedensinstitut aus Ljubljana weist in einem Bericht auf weit verbreitete Intoleranz hin, insbesondere auf das Problem der Islamophobie, die vornehmlich von politischen Parteien geschürt wird, sowie auf Feindlichkeit gegenüber Roma und Staatenlosen sowie Homophobie. Es bemerkt ausdrücklich, dass sich „Hass-

reden“ für slowenische Politiker auszahlen, unabhängig davon, um welche „problematische Gruppe“ es sich handle. Das Institut warnt auch vor der Rolle der Römisch-Katholischen Kirche. „Die kirchlichen Würdenträger möchten, dass die Verfassung lediglich ein Zusatz zur Heiligen Schrift ist. Es ist unzulässig, dass sich die Kirche in die Politik einmisch“, so einer der Verfasser des Berichts. (Quelle: DW)

Über 20 indische NGOs kritisieren die Weltbank aufs Schärfste

Indische NGOs und soziale Bewegungen kritisieren die neue Länderstrategie der Weltbank für Indien. Die Zivilbevölkerung spricht sich dagegen aus, dass die Bank das Land erneut zur Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen auffordert. Zivilgesellschaftliche Gruppen fordern die Bank daher auf, die Strategie für Indien zurück zu ziehen, sich von Forderungen der Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen zu distanzieren und die indische Bevölkerung und das Parlament in die Erarbeitung einer Entwicklungs- und Armutsbekämpfungsstrategie einzubeziehen. (Quelle: WEED)

Friedensdemonstration in Nepal nach schweren Unruhen

Nach der Ermordung von 12 entführten nepalesischen Arbeitern im Irak kam es in der Hauptstadt Nepals sowie in anderen Städten zu den schwersten Unruhen seit Beginn der 90er Jahre. Ein aufgebrachter Mob griff die Hauptmoschee an, zahlreiche moslemische Läden wurden in Trümmer gelegt. Die Regierung des überwiegend buddhistisch geprägten Landes war offensichtlich unvorbereitet und reagierte dann mit der Verhängung einer Ausgangssperre. Mit Beginn des Irak-Krieges hatte die Regierung die Vermittlung nepalesischer Arbeiter in den Irak verboten; dennoch reisen etliche nepalesische Arbeiter über andere Länder in den Irak ein. Von den rund 800.000 Nepalesen, die außerhalb des Landes arbeiten, suchen rund 200.000 im Nahen Osten Lohn und Brot, viele als „Illegale“. – In Reaktion auf die Unruhen organisierten etliche religiöse Gruppen am 5. September einen gemeinsamen Friedensmarsch, an dem sich rund 3000 Menschen beteiligten. (Quelle: Yahoo, Netzeitung)



Zusammenstellung: scc

DRESDEN. Eine neue Homepage <http://nip.systemli.org/> will in den nächsten Jahren die Aktivitäten von Nazis in den sächsischen Parlamenten kritisch begleiten und dokumentieren. In Pirna tagte der Stadtrat mit neuen NPD-Räten bereits Anfang August. Am 25. August trat der Chemnitzer Stadtrat mit REP-Nazi-Bündnis an und am 26. August zog das „Nationale Bündnis Dresden“ in den Stadtrat ein. Ein breites antifaschistisches Bündnis hatte dort zu einer Demonstration aufgerufen unter dem Motto „Gemeinsam gegen Rechts“. Einige hundert antifaschistische Jugendliche machten das Gros der Aktionen aus – die dementsprechend aussahen: kurzzeitige Stürmung des Rathauses, Eiertanz für Schlägenazis, Punk-Konzert und lautstarke Demonstration. Die Sächsische Zeitung berichtet zur Abwechslung mal für die gute Seite – und das ausführlich. Ansonsten macht sich in der Presselandschaft Häme breit über den hilflosen Stadtrat mit den ungeliebten Nazis. <http://venceremos.antifa.net>



Demonstration am 11. September für den Erhalt des Blindengeldes

HANNOVER. Blindenhilfe ist in Deutschland eine monatlich fortlaufend gewährte pauschalierte Geldleistung, die blinden Menschen von einem Sozialleistungsträger (z.B. dem Landeswohlfahrtsverband) zum Ausgleich blindenbedingter Mehraufwendungen gewährt wird. Sie wird abhängig vom anzuwendenden Gesetz als Blindengeld, Blindenhilfe beziehungsweise Landesblindenhilfe, Landesblindengeld oder Landespflegegeld bezeichnet. Die Landesregierung in Niedersachsen beabsichtigt, ab 2005 das Blindengeld komplett zu streichen. Niedersachsens Finanzminister Möllring hat darüber hinaus seine Kollegen aus den anderen Bundesländern aufgefordert, seinem Beispiel zu folgen und bundesweit das Blindengeld gänzlich zu streichen. Blindengeldbezieher würden dann wieder als Bittsteller beim Sozialamt vorstellig werden müssen, um die dringend notwendigen Mittel zu erhalten. Liegt man über den Einkommens- bzw. Vermögensgrenzen der Sozialhilfe, geht man leer aus. Der Deutsche Blinden- und Sehbehindertenverband (DBSV) und der Landesverband Niedersachsen rufen alle blinden und sehbehinderten Menschen und ihre Freunde zu einer Großdemonstration am Samstag, den 11. September 2004 in Hannover auf.

www.blindengeld-muss-bleiben.de

Demonstration am 4. November gegen Senkung der HiWi-Gehälter

BERLIN. Die Verhältnisse, unter denen die bundesweit 100.000 studentische Beschäftigte (sogenannte HiWis) schuften, sind alles andere als gerecht. Offensichtlich ist die Bezahlung schlechter als in vielen anderen „typischen“ StudentInnen-Jobs. Das Land Baden-Württemberg hat im Rahmen der Kündigung des Arbeitszeittarifvertrages durch die Tarifgemeinschaft deutscher Länder zum 1. Mai

die Gehälter für die HiWis, die eine wesentliche Stütze des wissenschaftlichen Dienstes sind, um 16% gesenkt. Damit verdienen Beschäftigte an Universitäten 7,53 Euro, an Pädagogischen Hochschulen 6,72 Euro und an Fachhochschulen nur noch 5,24 Euro in der Stunde. Nach elf Jahren des Stillstandes wurde die Kürzung mit der verlängerten Arbeitszeit der Angestellten begründet. Zahlreiche ASten, Gewerkschaften und die studentische Tarifvertragsinitiative rufen daher zu einer bundesweiten Demo gegen die Lohnkürzungen am 4. November in Berlin auf.

<http://scudag.de>

Demonstration am 23. Oktober gegen Berufsverbot für M. Csaszkóczy

HEIDELBERG. Baden-Württembergs Kultusministerin Schavan hat am 26.8.2004 verkündet, dass dem Heidelberger Real-schullehrer Michael Csaszkóczy die Einstellung in den Schuldienst verwehrt wird. Nachdem die Entscheidung lange hinausgezögert worden war, erfolgte diese Bekanntgabe, wie das Solidaritätskomitee gegen das Berufsverbot (für Michael Csaszkóczy) schon befürchtet hatte, mitten in den Sommerferien, wenn sehr viele Menschen in Urlaub sind und Organisationen Sommerpause machen.

Das Komitee schreibt dazu: „Es geht

den staatlichen Behörden nicht um Konkretes, etwa wie Michael Csaszkóczy seinen Unterricht im Referendariat gestaltet, was er gesagt oder getan hat, sondern einzig um seine Gesinnung. Insbesondere seine antifaschistische Haltung. Dafür wurde er nun mit Berufsverbot belegt. Das ist eine politische Entscheidung, auf die politisch reagiert werden muss und reagiert werden wird. Alle Demokratinnen und Demokraten sind aufgerufen, diesen Angriff auf das in der Verfassung garantierte Grundrecht auf Meinungsfreiheit, mithin auf die Demokratie selbst, mit voller Entschiedenheit zurückzuweisen. Dazu Michael Csaszkóczy gegenüber der Zeitschrift KONKRET: „Die Frage, ob die BRD mit der Wiederbelebung der Berufsverbote durchkommt, ist weniger eine juristische als eine politische.“ Die Proteste gegen die antidemokratische Waffe Berufsverbot und für die Einstellung Michael Csaszkóczy werden weiter gehen. Einen ersten Höhepunkt erreichen sie sicherlich mit der Demonstration am 23. Oktober in Heidelberg, zu der verschiedene Organisationen und Einzelpersonen aufrufen.“

www.gegen-berufsverbote.de

Bundesweiter Frauenpolitischer Ratschlag am 30./31. Oktober

DÜSSELDORF. Am 30. und 31. Oktober findet in Düsseldorf der 6. Frauenpolitische Ratschlag, als überparteiliche, unabhängige Plattform zum Austausch in der Frauenbewegung statt. Er wird mit 11 Foren und zahlreichen Workshops die größte selbstorganisierte Veranstaltung der Frauenbewegung in Deutschland im Jahr 2004 sein. Die Veranstalterinnen erwarten 2000 Frauen. In der Resolution des Vorbereitungstreffens mit Vertreterinnen von Frauenorganisationen und lokalen Frauengruppen heißt es: „Am 5. September 2004 trafen sich 85 Frauen (und ein Mann) zur Vorbereitung des 6. Frauenpolitischen Ratschlags 2004. ‚Zornig, zärtlich, zukunftsweisend – weltweit!‘ wird



das Motto sein – und in dieser Stimmungslage beteiligen sich viele von uns derzeit an den Montagsdemonstrationen, die wir für eine große und sehr zukunfts-trächtige Errungenschaft der demokratischen Bewegung in Deutschland halten. Wir sind in großer Sorge um die Spaltung dieser Bewegung! Sie schwächt nur unser Anliegen, den Kampf gegen Arbeitslosigkeit und Armut ebenso wie gegen jede Partei und jede Regierung zu führen, die eine Politik wie die von Hartz IV und der Agenda 2010 durchsetzt. Wir fordern die Initiatoren der beiden Demonstrationen am 2. und 3. Oktober in Berlin dringend auf, zu einer gemeinsamen Aktion auf folgender Grundlage zusammen zu finden: ‚Weg mit Hartz IV – Das Volk sind wir! Kosmetik akzeptieren wir (in diesem Fall) nicht!‘

www.frauenpolitischer-ratschlag.de

Europäisches Sozialforum vom 14.–17. Oktober in London

BERLIN. Das Europäische Sozialforum (ESF) ist ein offener Raum, um zusammenzukommen und zu diskutieren, wie eine andere Welt geschaffen und eine Opposition zu Militarisation und Sozialabbau organisiert werden kann. Zum zweiten ESF im letzten November in Paris kamen 50.000 Menschen zusammen, auf dem Weltsozialforum in Mumbai im Januar diskutierten und demonstrierten 100.000 gegen den Neoliberalismus und Krieg. Nach dem Erfolg der globalen Antikriegsdemonstration vom 15. Februar des vergangenen Jahres verständigten sich die sozialen Bewegungen beim Europäischen Sozialforum von Paris auf „eine Europa, das den Krieg verweigert“, einen Aktionstag gegen den Krieg am 20. März 2004 und den Europäischen Aktionstag gegen Sozialabbau am 2. und 3. April 2004. Das nächste Europäische Sozialforum findet vom 14.–17. Oktober 2004 in London statt. Unter der Losung „Eine andere Welt ist möglich! Nein zu Neoliberalismus, Rassismus und Krieg!“ soll ein offener Raum entstehen, in dem Menschen mit ganz unterschiedlichen Ansätzen, Hintergründen, Erwartungen und Erfahrungen gemeinsam diskutieren, streiten, nach Lösungen suchen und Aktionen verabreden. Der komplette Aufruf steht im Netz unter *www.fse-esf.org*

VVN fordert, keine Nazis bei Aktionen gegen Sozialabbau zu tolerieren

BERLIN. In einem Offenen Brief an die OrganisatorInnen von Demonstrationen gegen Hartz IV und Sozialabbau fordert Werner Pfennig, Bundessprecher der VVN-BdA, keine Toleranz gegen Neonazis zu üben. Die VVN-BdA unterstütze „die Proteste gegen die Hartz-IV-Gesetze und den damit verbundenen gravierenden Sozialabbau mit allen zur Verfügung stehenden Kräften! Wir protestieren allerdings schärfstens gegen die Teilnahme von Nazis aller Couleur an Kund-

gebungen und Demonstrationen gegen die Hartz-Gesetze und den grassierenden Sozialabbau“, so Werner Pfennig. „NPD, DVU und sogenannte freie Kameradschaften wollen aus dem legitimen Protest gegen eine unsoziale Politik Honig saugen für ihre Politik und Ideologie“, so Pfennig weiter, „sie spielen sich als Anwalt der Arbeitslosen, der abhängig Beschäftigten auf, vertreten aber in Programmatik und Praxis in Wirklichkeit eine unsoziale und menschenverachtende Politik.“ Daher hätten Neofaschisten keine Legitimation, gegen Hartz IV und Sozialabbau mitzudemonstrieren. Schließlich „wollen sie die Einheitsgewerkschaft zerschlagen und die Tarifautonomie beseitigen, sie machen Menschen anderer Herkunft und Hautfarbe zu Sündenböcken aller Missstände in diesem Land, sie sind geistige und physische Täter und Mittäter der feigen Anschläge auf Ausländer, Obdachlose sowie politische Gegner und sie leugnen Nazi-verbrechen, streben ein neues Großdeutschland an und wollen damit neuen Unfrieden in Europa schaffen.“

„Totschweigen oder tolerieren bringt nichts. Wir müssen uns mit den Nazis offensiv auseinandersetzen, und das auf allen Ebenen: in den Betrieben, in der Öffentlichkeit, in Wirtschaft und Politik“, so Pfennig weiter und bietet an, den VeranstalterInnen von Kundgebungen und Demonstrationen zur Abwehr von Teilnahme von Faschisten mit Rat und Tat aus ihrem umfangreichen Fundus behilflich zu sein.“ Wortlaut des Briefes: *www.nrw.vvn-bda.de/texte/Montagsdemos.pdf*

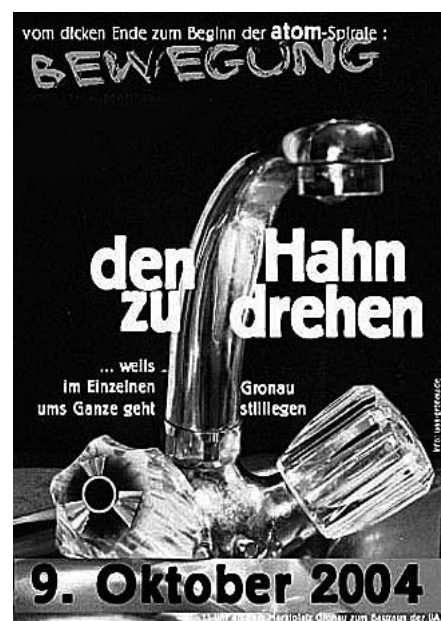
Ahaus – Gronau – Gorleben – Proteste gegen Castor-Transporte

GRONAU. Für die Antiatombewegung beginnt ein „heißen Herbst 2004“. Sie fasst zusammen: „Anfang Juni wurden die CASTOR-Transporte aus Dresden-Rosendorf nach Ahaus erwartet. Aktuell wird mit dem Termin jedoch erst im September oder Oktober gerechnet, aber auch das ist nicht sicher. Mehr Infos: <http://www.bi-ahaus.de/> und www.castorstopp-dresden.de

Im nur 17 km von Ahaus entfernten Gronau steht eine der wenigen Urananreicherungsanlagen (UAA) der Welt, die zur Zeit zu einer der größten Anlagen dieser Art ausgebaut wird. In den nächsten Jahren werden die Kapazitäten dieser Atomfabrik fast verdreifacht. Mehr als 30 Atomkraftwerke weltweit können dann mit angereichertem Uran aus dieser Anlage versorgt werden und immer mehr Müll produzieren.

Am 9. Oktober findet in Gronau eine Demonstration nach dem Motto: „Den Hahn zudrehen“ statt. Auftakt in der Gronauer Innenstadt mit anschließender Besichtigung des Ausbaugeländes der UAA. Mehr Infos: www.uaa-gronau.de und www.aku-gronau.de

...und dann folgt auch schon bald im November der nächste Gorleben-castor:



voraussichtlich findet am 13. November die Auftaktveranstaltung in Dannenberg statt. In der Woche drauf, werden wir den Castor mit einer großen gewaltfreien Sitzblockade empfangen.“

www.x1000malquer.de

Zwei erfolgreiche Volksbegehren gegen Privatisierungsabsichten

HAMBURG. Die beiden Volksbegehren, die gleichzeitig zwischen dem 23. August und dem 6. September 2004 durchgeführt wurden, konnten eine unerwartet hohe Zustimmung mobilisieren. Statt der gut 60.000 erforderlichen Unterschriften erzielte das Begehren „Bildung ist keine Ware“ gegen die angekündigte Privatisierung der Berufsschulen über 90.000 Unterschriften (Stand einige Stunden vor der letzten Auszählung), „Unser Wasser Hamburg“, das sich gegen die drohende Privatisierung der Wasserwerke richtet, verzeichnet zum selben Zeitpunkt sogar über 120.000 Unterschriften.

Beide Volksbegehren standen unter erheblichem öffentlichen Beschuss. Die Handelskammer, die die Privatisierung der Berufsschulen betreibt, um den Einfluss „der Wirtschaft“ zu stärken – mit der Folge, dass der Berufsschulunterricht gekürzt und etliche Berufsfachschulen und Fachschulen geschlossen würden –, versuchte über die Springer-Presse die öffentliche Meinung gegen das hauptsächlich von der GEW getragene Volksbegehren zu mobilisieren. Der Senat behauptete dreist und entgegen seinen eigenen Ankündigungen, an eine Privatisierung der Wasserwerke sei überhaupt nicht gedacht.

Um so höher ist der Erfolg zu bewerten, der den Weg frei macht zur Durchführung der letzten, rechtlich dann verbindlichen Stufe, dem Volksentscheid. Am 6. September soll der erfolgreiche Abschluss der Unterschriftensammlungen mit einer großen Party in der Hamburger Fabrik gefeiert werden: *scc*

Zusammenstellung, abf



Hamburger Senat ordnet Kita-Bereich mit dem Vorschlaghammer

Eine beeindruckende Demonstration gegen die Kürzungspolitik und ihre Folgen

Hamburg erlebte am 2. September eine der beeindruckendsten Demonstrationen der letzten Jahre. Tausende Erzieherinnen, Eltern und Kinder zogen in verschiedenen Zügen von zahlreichen Stadtteilen aus an die Binnenalster und versammelten sich dort zu einem gemeinsamen Demonstrationzug durch die Haupteinkaufsstraße. Über 8000 Menschen zählten die Veranstalter, und diese Zahl ist nicht übertrieben.

Kürzungen im Kita-Bereich

Anlass der Demonstration ist die dramatische Kürzung, die der CDU-Senat im Kita-Bereich vorzunehmen beabsichtigt. In seinem Regierungsprogramm hatte er im April diesen Jahres noch damit geprahlt, dass Hamburg zur „kinderfreundlichsten Stadt“ Deutschlands werden solle, nachdem es in der vorhergegangenen Legislaturperiode aufgrund der Einführung eines Kita-Gutschein-system erhebliche Unruhe gegeben hatte. Tatsächlich verständigte er sich mit der SPD innerhalb kurzer Zeit darauf, den Rechtsanspruch berufstätiger Eltern im Elementarbereich, d.h. für Drei- bis Sechsjährige, ab 1.1.05 um eine auf täglich fünf Stunden auszuweiten. Das entspricht einer Erhöhung der Kita-Plätze von 50.000 auf 55.000. Über die Finanzierung allerdings verloren CDU und SPD kein Wort. Aber es kam nicht nur so, wie daraufhin zu befürchten war, sondern noch schlimmer: Die Träger sollen trotz der zusätzlichen Kita-Plätze 50

Millionen Euro weniger erhalten als im letzten Jahr, statt der bei gleichen Standards benötigten rund 400 Millionen Euro nur noch 315 Millionen – es fehlen also mindestens 85 Millionen.

De facto will der Senat erreichen, dass die Gruppengrößen im Elementar- und Hortbereich von 20 auf 25, im Krippenbereich von 12 auf 15 Kinder erhöht werden. Er will die Mittel für das Personal und die Räumlichkeiten voll pauschalisieren. Das bedeutet Kürzungen im Personalbereich von durchschnittlich 21-24%. Aber hinter dieser Durchschnittszahl verbergen sich in der Krippenkinderbetreuung Kürzungen um bis zu 30%, bei der Hortbetreuung sogar Kürzungen um bis zu 37%. Der Träger-Dachverband „Sozial und alternativ“ (Soal) hat ausgerechnet, dass die Kitas die Gruppen um bis zu 60% auf bis zu 32 Kindern vergrößern müssten, wenn sie ihr Personal trotz der Kürzungen halten wollen. Tatsächlich drohen Entlassungen in größerem Umfang. So ist davon die Rede, dass bei der städtischen Vereinigung, die mit 4.400 Beschäftigten und 22.000 Plätzen größter Träger ist, bis zu 1000 Entlassungen anstehen. Für die verbleibenden Erzieherinnen und Erzieher verschlechtern sich die Arbeitsbedingungen. Der Druck auf Arbeitszeiten und Löhne nimmt zu. Nicht zuletzt ist zu befürchten, dass nach Tarif bezahlte Beschäftigte durch Zwangsarbeitsverpflichtete in 1- oder 2-Euro-Jobs ersetzt werden.

Diktat statt Verhandlung

Empörung unter Trägern, Erzieherinnen und Eltern ruft auch die Art und Weise hervor, wie die zuständige CDU-Senatorin Schnieper-Jastram und ihr SPD-Staatsrat Meister ans Werk gehen. Sie haben zum 31.12. diesen Jahres die Finanzierungsvereinbarungen mit den Trägern gekündigt. Mit einem so genannten „Einführungsgesetz“ (EGKibeG) hat die Behörde für Soziales und Familie (BSF) eigenen Angaben zufolge Regelungen geschaffen für den Fall, dass es nicht rechtzeitig zu Vereinbarungen mit allen Trägern kommt. Mit diesem Gesetz soll abgesichert werden, zitiert das „Bündnis der Beschäftigten in den Hamburger Kitas / Kigas“ die Behörde in einem Flugblatt, dass „die in der Vergangenheit geschlossenen, deutlich zu teuren und auch für die einzelne Kita unterschiedlich“ hohen Verträge neu vereinbart werden. Vor allem legt das Gesetz fest, dass das Volumen der Kürzungen durch Verhandlungen nicht unterschritten werden darf. „Unter diesen Voraussetzungen kann niemand mehr seriös von Verhandlungen sprechen“, heißt es in einer Stellungnahme von Soal.

Soal ist aus den derzeit laufenden Verhandlungen zwischen der Behörde und den Trägern ausgegrenzt. Auch auf Befragung verweigert der federführende Staatsrat Meister Auskunft darüber, warum mit Soal – der alternative Verband vertritt immerhin 130 Einrichtungen und

rund 3000 Kita-Plätze – nicht verhandelt wird bzw. wann die Verhandlungen mit ihm aufgenommen werden. Die Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege, in der die fünf großen Wohlfahrtsverbände AWO, Caritas, Paritätischer, DRK und Diakonisches Werk vertreten sind (mit ca. 21.000 Plätzen), hat freiwillig ein Kürzungsvolumen von 9% angeboten, die Verhandlungen zwischenzeitlich aber ausgesetzt, weil sich die Behörde keinen Millimeter bewegte. Viele befürchten, dass sich die BSF letztlich mit der Arbeitsgemeinschaft verständigt, um dann Soal das Ergebnis nach dem Motto „Friss oder stirb“ vorzulegen.

Angriff auf die Qualität der Betreuung und die Vielfalt der Träger

Zu befürchten ist, dass die kleineren Träger die gewaltsame Neuordnung nicht überleben. Soal schreibt in der schon erwähnten Stellungnahme: „Es geht nicht nur um Sparbeiträge, es geht unter anderem hauptsächlich um eine dramatische Reduzierung der Personalstunden. Nur die großen Kitas können letztlich mit wesentlich größeren Gruppen und einer Aufbewahrungs- und Unfallverhütungspädagogik überleben. Hamburgs CDU vernichtet damit auf einen Schlag

- eine bundesweit herausragende Qualität von Kindertagesstätten mit vielfältigen Konzepten eines frühkindlichen Bildungs- und Betreuungsangebotes,
- eine außergewöhnlich vielfältige Trägerstruktur von Großeinrichtungen bis zu Kleinstkitas mit hochspezialisierten Angeboten,
- Hunderte von Arbeitsplätzen für fachlich qualifiziertes pädagogisches Personal.“

Es ist schon frappierend: Während man sich in der wissenschaftlichen und



der bildungspolitischen Debatte weitestgehend einig ist über die Bedeutung frühkindlicher Bildung für die weitere Entwicklung der Kinder, findet in der Praxis, nicht in Hamburg, das Gegenteil statt: nicht Förderung, sondern Beschränkung. In keinem Alter ist Leben so sehr Lernen wie im frühen Kindesalter. Aber wie können Kitas Orte kindgerechter Bildung sein, wenn die Gruppen riesig und die Erzieherinnen hoffnungslos überlastet sind? Der Schwerpunkt der zahllosen selbst verfertigten Transparente und Plakate auf der Demonstration lag dann auch auf der Kritik an den Auswirkungen der Kürzungspolitik auf die Kinder. „Käfighaltung – bei Hühnern abgeschafft, bei Kindern eingeführt“, so oder

ähnlich hieß es nicht nur auf einem Transparent.

Besonders drastisch wird sich die Senatspolitik für die Kinder auswirken, die mehrsprachig aufwachsen. Um neben ihrer Muttersprache die deutsche Sprache spielend zu lernen, brauchen sie von früherster Kindheit an ständigen Kontakt mit Menschen, die Deutsch als Muttersprache sprechen, brauchen sie also das Recht auf einen Kita-Platz. Das hat bereits der letzte Senat gründlich eingeschränkt. Im Zuge der Einführung des Kita-Gutschein-Systems, das Kita-Plätze vorrangig für Kinder mit berufstätigen Eltern reservierte, wurden im letzten Jahr bereits 8,5% der Kapazitäten aller Kitas in den so genannten sozialen

Aus Ergebnissen einer infas-Umfrage im Auftrag der Bertelsmann Stiftung

Eine große Mehrheit der deutschen Bevölkerung sieht in der frühkindlichen Bildung erheblichen politischen Handlungsbedarf: 84 Prozent der Bundesbürger vertreten die Auffassung, Kinder hätten schon vor der Einschulung ein Recht auf Bildung. Für ein Drittel der Befragten gilt dieser Anspruch bereits mit der Geburt; für weitere 51 Prozent mit dem Eintritt in den Kindergarten, also im Alter von drei Jahren. Dies ist das Ergebnis einer aktuellen infas-Umfrage im Auftrag der Bertelsmann Stiftung. Zwei Drittel der Bevölkerung (66 Prozent) sind der Meinung, dass die Gesellschaft Verantwortung für das Aufwachsen eines jeden Kindes von Geburt an trägt. Der Forderung nach einem bundesweit verbindlichen Rechtsanspruch auf Bildungs- und Betreuungsangebote auch für Kinder unter drei Jahren stimmen 60 Prozent der Bundesbürger zu. Ebenfalls 60 Prozent der Befrag-

ten halten die öffentlichen Angebote zur frühkindlichen Förderung für unzureichend. In Ostdeutschland ist die Unzufriedenheit mit dem staatlichen Engagement mit 68 Prozent noch größer als im Westen.

Fast die Hälfte der Deutschen meint, öffentliche Investitionen im Bildungsbereich sollten künftig vorrangig auf Angebote für die ersten zehn Lebensjahre konzentriert werden. Beim Vergleich der verschiedenen Schulstufen ergibt sich eine klare Mehrheit: Nicht in die weiterführenden Schulen (14 Prozent) oder die Hochschulen (3 Prozent), sondern in die Grundschulen, also in die Qualität früher Bildung, sollte die „öffentliche Hand“ in den kommenden Jahren am stärksten investieren, so die Priorität von 35 Prozent der Bundesbürger.

Welche Gestaltungsmöglichkeiten es für die Politik beim Thema „Bildung und Betreuung für Unter-Dreijährige“ gibt,

macht ein weiteres Ergebnis aus der Umfrage deutlich: 43 Prozent der Bevölkerung (im Osten sogar 52 Prozent) sprechen sich „voll und ganz“ für eine Wahlmöglichkeit zwischen Erziehungsgeld und kostenlosen Bildungs- und Betreuungsangeboten für Kinder unter drei Jahren aus; weitere 35 Prozent geben an, einer solchen Alternative für Familien mit Kleinkindern durchaus positiv gegenüber zu stehen.

Kindergärten und Kindertagesstätten kommt eine zentrale Rolle bei der frühkindlichen Bildung zu – dieser Ansicht sind weite Teile der bundesdeutschen Bevölkerung. So sehen 87 Prozent der Befragten gute Bildungs- und Betreuungsangebote in Kindergärten als eine Form öffentlicher Unterstützung von großer bis extrem großer Bedeutung (die drei höchsten Werte auf einer 10er Skala); 63 Prozent nennen sie „extrem wichtig“. www.bertelsmann-stiftung.de



PDS-Antrag zu Hartz IV. ESSEN. In einem Antrag für die beantragte Stadtrats-Sondersitzung zur Umsetzung von Hartz IV schlägt die PDS-Gruppe konkrete Maßnahmen vor, durch die Zwangsumzüge vermieden werden können, z.B. eine Erhöhung der für Sozialhilfeempfänger geltenden Mietobergrenze von 5,50 Euro. Weiter sollen Maßnahmen zur Beschäftigungsförderung Vorrang vor 1-2 Euro-Jobs behalten und Arbeitsgelegenheiten nur auf freiwilliger Basis, verbunden mit Qualifizierung und Mindest-Beitrag zur Rentenversicherung angeboten werden. Die Beschäftigungsträger von EABG bis Caritas sollen einen Zuschlag nur erhalten, wenn sie garantieren, dass sie keine regulären Stellen durch 1-2 Euro-Jobs verdrängen. Diese Regelungen fallen alle in den kommunalen Gestaltungsspielraum, könnten also beschlossen werden. Vielen Betroffenen würde damit ein Teil ihrer Sorgen und Ängste genommen werden. www.pds-essen.de

Grünen-Antrag zu Hartz IV. MÜNSTER. Den örtlichen Arbeitsgemeinschaften von Agentur für Arbeit und Kommune räumt der Bundesgesetzgeber in Sachen Hartz IV einen Gestaltungsspielraum ein. Deshalb hat die GRÜNE Fraktion im Rat der Stadt Münster noch vor den Sommerferien mit einem Antrag einige Prinzipien für die zukünftige Zusammenarbeit benannt. Zum Beispiel soll in enger Zusammenarbeit mit der Jugendhilfe und den freien Trägern ein spezifisches Förderprogramm für Jugendliche entwickelt werden, die bisherigen Beratungsstellen und die freien Träger in die weitere Ausgestaltung des Gesetzes konsequent einbezogen werden.

Für die konkrete Ausgestaltung setzen wir uns im weiteren Verfahren für folgende Punkte ein:

- Fallmanager und Betroffene finden gemeinsam den Fähigkeiten und Wünschen entsprechende passgenaue Wege in die Erwerbstätigkeit.
- Besonders berücksichtigt werden dabei die Problemlagen ‚Schwangerschaft‘ und ‚Migration‘, von Alleinerziehenden sowie von gewaltbetroffenen Frauen, Kindern und Männern.
- Arbeitsvermittlungen zu untertariflichen Bedingungen werden vermieden.
- Gemeinnützige Arbeitsangebote werden – mit Qualifizierungs- und Bildungsmaßnahmen verknüpft – auf freiwilliger Basis angeboten. Dabei sind die Beschäftigungsangebote Teil einer Eingliederungskette, d.h. sie führen hin zu einer regulären sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung.
- Mehraufwandsentschädigungen orientieren sich an den Obergrenzen der vorgegebenen Spannen.
- keine Zwangsumzüge: Beim Übergang in das ALG II werden Unter-

kunftskosten in der Regel als angemessen angesehen. Die sozialen Einbettung in die bisherigen Bezüge wie z.B. Nachbarschaft, Schule und Kindergarten soll erhalten werden. Die Verstärkung von sozialen Brennpunkten muss unbedingt vermieden werden.

- Sicherung unabhängiger Beratung: Die unabhängigen Beratungsstellen sind eine sinnvolle Ergänzung zu den Jobcentern. Beratungsstellen bieten auf der Basis von Freiwilligkeit, Niederschwelligkeit und Vertraulichkeit eine besondere Dienstleistung an. Unabhängig von einer Leistungsgewährung können sie Rat geben, über Rechte aufklären, Ängste und Unsicherheiten abbauen, Wege aus der Hilfebedürftigkeit heraus ebnen. Deshalb müssen die bisherigen unabhängigen Beratungsstrukturen erhalten werden und in die weitere Konzeptentwicklung einbezogen werden. www.gruene-muenster.de

Bürgerbeteiligung im Internet.

BERLIN. Eine aktuelle Studie der Initiative eParticipation zeigt die Städte Berlin, Essen und Düsseldorf als Vorreiter bei der Bürgerbeteiligung über das Internet. Die Studie macht aber auch deutlich, dass viele Kommunen nur eine Schein-Mitwirkung ohne nachvollziehbare Ergebnisse bieten. Die Initiative eParticipation will Politik und Verwaltung ermutigen, wichtige Entscheidungsprozesse durch internetgestützte Partizipationsverfahren zu stärken. Sie wurde von Dienstleistern und Organisationen gegründet, die für derartige Beteiligungsverfahren konzeptionelle und technische Lösungen anbieten oder sie wissenschaftlich begleiten. www.wegweiser-buergergesellschaft.de

Ausbau der Wasserkraft-Nutzung.

AUGSBURG. Eine Bestandsaufnahme des Umweltreferates kam zu dem Ergebnis, dass sich die Stromversorgung aus Wasserkraft verdoppeln ließe: 2002 wurden fast 66 Mio. kWh aus dieser Energiequelle erzeugt, im Jahr 2003 waren es – bedingt durch den trockenen Sommer – knapp 54 Mio kWh. Wie Umweltreferent Schaller (Grüne) der AKP mitteilte, liege das weitere Wasserkraftpotenzial bei 72,7 Mio. kWh: „Werden alle Potentiale realisiert, können rund ein Drittel der Augsburgs Privathaushalte durch den Strom aus Augsburger Wasserkraft versorgt werden!“ Schaller will nicht nur neue Wasserkraftwerke, sondern auch alte reaktivieren. Laut Augsburger Allgemeine Zeitung (11.8.) gebe es Firmen mit Wasserrechten, die kein Interesse an der Stromgewinnung haben. Das Umweltreferat sei an diese Unternehmen herangetreten und habe bereits Investoren benannt.

www.kommunale-info.de
Zusammenstellung: baf

➔ Brennpunkten reduziert. Davon betroffen waren in allererster Linie Kinder mit Migrationshintergrund. Zur Sprachförderung und Unterstützung des Spracherwerbs müssen aber nicht nur Kita-Plätze für alle Kinder, die das wollen, da sein und nicht nur gut ausgebildete Erzieherinnen und Erzieher: Diese müssen auch ausreichend Zeit für die Unterstützung der Kinder aufbringen können. Hier sind die deutschen und die Hamburger Standards ohnehin schon weit von den Standards z.B. in Finnland entfernt. Jetzt werden sie weiter gesenkt, „Pisa beginnt in der Kita“, war auf mehreren Plakaten zu lesen.

Der Protest geht weiter

Erstmals hat sich ein übergreifendes Bündnis aller Beschäftigten in den Hamburger Kitas und Kigas gebildet. Die Demonstration war nicht die erste Aktion dieses Bündnisses, und sie wird auch nicht die letzte sein. Wenige Tage zuvor, am 26. August, hatten rund 800 Erzieherinnen, Eltern und Kinder die Sitzung des Jugendausschusses der Bürgerschaft besucht. Der große Festsaal des Rathauses, in den der Jugendausschuss gezogen war, war bis auf den letzten Platz gefüllt, die Emporen mussten geöffnet werden, und trotzdem mussten noch viele stehen. Am Tag der Demonstration führten viele Einrichtungen bis zum Demonstrationsbeginn Mitarbeiterversammlungen durch – die Mitarbeiterversammlung bei der städtischen Vereinigung hatte das Verwaltungsgericht verboten. Mehrere Rednerinnen und Redner kündigten am 2.9. für die nächsten Wochen und Monate weitere Aktionen bis hin zum Streik der Beschäftigten an. scc

Mindestlöhne: Suche nach dem richtigen Instrument

In der Diskussion um einen gesetzlichen Mindestlohn zerren die Einzelgewerkschaften nach wie vor in zwei Richtungen. „Wir sind uns im DGB alle miteinander einig. Niemand will einen gesetzlichen Mindestlohn“, wird der erste Vorsitzende der IG Metall in der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung (HAZ) vom 27.8.04 zitiert. Und auch für den Vorsitzenden der IG BCE, Hubertus Schmoldt ist eine staatliche Lohnfestsetzung aus grundsätzlichen Erwägungen abzulehnen. „Dann muss man sich fragen, welche Rolle Gewerkschaften noch spielen. Das würde unser System kaputtmachen.“ (HAZ, 3.09.04)

Ganz anders Franz-Josef Möllenberg von der NGG im Gastkommentar des Handelsblatt (HB, 6.09.04) „Konkret erwarten wir deshalb von der Bundesregierung eine Grundsicherung durch existenzsichernde Mindesteinkommen, um einer sozialen Spirale nach unten den Riegel vorzuschieben. Wir schlagen deshalb einen gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von 1500 Euro vor.“ In die gleiche Richtung, doch irgendwie mit ganz anderen materiellen Orientierungen Verdi: „Vorstand und Landesvorsitzende der Gewerkschaft Verdi beschlossen gestern, sich politisch für einen gesetzlichen Mindestlohn stark zu machen. Dabei schließt Verdi auch eine einheitliche Regelung für alle Branchen nicht aus, sagte eine Sprecherin. Verdi-Vize Margret Mönig-Raane nannte einen Stundenlohn von 7,50 Euro. Das entspräche bei einer 40-Stunden-Woche 1200 Euro im Monat.“ (HB, 25.8.04)

Leider gehen diese Wortmeldungen teils recht locker mit den im DGB stattfindenden Diskussionen um. Dort existiert bereits seit einigen Jahren eine Arbeitsgruppe, die Strategien zur Durchsetzung von Mindestlohnbedingungen entwickeln sollte (s. a. PB 11/2004, S. 18ff.). Praktisches Ergebnis sind vor allem die beiden von allen DGB-Gewerkschaften unterzeichneten Tarifverträge für Leiharbeit. Der Stand der Debatte bezüglich Mindestlohngesetze war im Handelsblatt vom 25.8.04 nachzulesen. „Die Gewerkschaften haben sich darauf geeinigt, die Tür für branchenbezogene Lösungen zu öffnen: ‚Wenn eine einzelne Gewerkschaft für bestimmte Branchen einen gesetzlichen Mindestlohn will, dann werden die anderen Gewerkschaften dies akzeptieren‘, sagte Heinz Putzhammer, Vorstandsmitglied des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) dem Handelsblatt.“ Dieser Linie hätten alle Gewerkschaften im DGB zugestimmt, auch die IG Metall und die IG BCE, die gesetzliche Mindestlöhne bisher abgelehnt hätten.

Wesentliche Gründe für die unterschiedlichen Orientierungen in den Einzelgewerkschaften liegen in den doch stark auseinanderfallenden Niveaus der untersten Entgeltgruppen, dem unterschiedlichen Wirkungsgrad der Tarifver-

träge, der divergierenden Durchsetzungsfähigkeit der einzelnen Gewerkschaften und verschiedenen Einschätzungen der politischen Wirkung gesetzlich geregelter Mindestlohniveaus. Der Streit spitzt sich folglich auf die Frage des richtigen Instruments zu. Dabei wird neben den Polen Beharren auf tariflichen Standards (Erhalt der Tarifautonomie) und einer Orientierung auf gesetzliche Mindestniveaus vor allem die Möglichkeit der Allgemeinverbindlicherklärung (AVE) von Tarifverträgen gesetzt, die eine Festlegung von Mindestniveaus nach Branchen bzw. nach Tarifgebieten ermöglichen würde. Entsprechend wird aktuell in der IG Metall nach einer Option gesucht. „Ein nach Branchen differenzierter Mindestlohn wäre hilfreich und würde die Tarifautonomie nicht in Frage stellen“, wird ein IG Metall Vertreter zitiert. (HB, 25.08.04)

Allgemeinverbindlichkeit

Die AVE von Tarifverträgen ist im Tarifvertragsgesetz (TVG) geregelt. Der entsprechende Fachminister kann nach § 5 des TVG „einen Tarifvertrag im Einvernehmen mit einem aus je drei Vertretern der Spitzenorganisationen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer bestehenden Ausschuss auf Antrag einer Tarifvertragspartei für allgemeinverbindlich erklären, wenn

1. die tarifgebundenen Arbeitgeber nicht weniger als 50 vom Hundert der unter den Geltungsbereich des Tarifvertrages fallenden Arbeitnehmer beschäftigen und

2. die Allgemeinverbindlicherklärung im öffentlichen Interesse geboten erscheint.“

Eine der Parteien muss die Allgemeinverbindlichkeit beantragen und der Ausschuss muss mehrheitlich entscheiden.

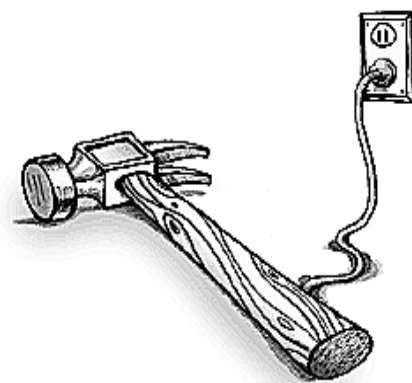
Allerdings hat dieses Instrument in der Vergangenheit eher ein Schattendasein geführt und einen abnehmenden Wirkungsgrad von Tarifverträgen kaum verhindert. Im Gegenteil, das Instrument ist in der Krise. In der letzten Ausgabe ihrer Funktionärszeitschrift „direkt“ hält die IG Metall fest: Zum Zeitpunkt 1. April 2004 waren 468 Tarifverträge allgemeinverbindlich erklärt. Zum Vergleich: 1994 waren noch 567 Tarifverträge für allgemeinverbindlich erklärt, die rd. 4 Mio. Beschäftigte erfassten (Arbeits- und Sozialordnung 1996; Köln 1996)

Bereits Mitte 2002 stellte das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung fest: „Das Instrumentarium der Allgemeinverbindlichkeit befindet sich seit einiger Zeit in der Krise.“ (Informationen zur Tarifpolitik, Juni 2002)

Seit Mitte der 90er Jahre sei ein Rückgang des Wirkungsgrades der Allgemeinverbindlicherklärung zur verzeichnen, in deren Verlauf die Zahl der als allgemeinverbindlich erklärten Tarifverträge um ca. 30% zurückgegangen sei. Von 1991 bis 2001 ist die Quote der Ursprungstarifverträge, also neuer Tarifverträge, die allgemeinverbindlich erklärt wurden von 5,4 auf 2,5% geschrumpft. Und 2004 sind es nur noch 2,1%. Und von den allgemeinverbindlich erklärten Tarifverträgen sind nur eine kleine Zahl Einkommenstarifverträge (1993 = 30% / 2002 = 19,5%).

Warum? „Die Hauptsache dieses Negativtrends ist die äußerst restriktive Haltung der Arbeitgeberverbände gegenüber diesem seit Jahrzehnten bewährten Instrument zur Gewährleistung akzeptabler Arbeits- und Einkommensbedingungen.“ (ebd.) Der Anteil der im Ausschuss abgelehnten AVE-Anträge betrug Anfang der neunziger Jahre noch regelmäßig unter fünf Prozent und erreichte im Jahr 2000 einen vorläufigen Höhepunkt mit 15%. „Dahinter stehen 21 abgelehnte AVE-Anträge, die sich durchaus auf wichtige Tarifabschlüsse in beschäftigungsstarken Branchen bezogen. Mit sechs abgelehnten Anträgen auf Allgemeinverbindlichkeit regionaler Gehalts- und Lohntarifverträge war der Einzelhandel besonders stark betroffen – eine Branche, in der zuvor die Tarifparteien in fast allen Bundesländern regelmäßig darin übereingekommen waren, für neu abgeschlossene Tarifverträge Allgemeinverbindlichkeit zu beantragen.“ (ebd.)

Die Gewerkschaften schlagen nun eine Reform des Verfahrens zur Allgemeinverbindlichkeit vor. Der § 5 des Tarifvertragsgesetzes soll dahingehend verändert werden, dass die 50%-Klausel abgesenkt werden soll. Denn gerade die Branchen, in denen eine sehr geringe Tarifbindung



Paul Antonson

→ vorliegt, ziehen das Lohnniveau nach unten. Darüber hinaus soll der entsprechende Fachminister auch die Möglichkeit erhalten, einen Tarifvertrag für allgemeinverbindlich zu erklären, wenn eine mehrheitliche Zustimmung des Tarifausschusses nicht zustande kommt.

Diese Veränderung des Verfahrens würde allerdings auch den politischen Konjunkturen unterliegen und daher eine Strategie der Gewerkschaften zur tariflichen Durchsetzung von Mindestniveaus bei den Entgelten nicht ersetzen.

Diskutiert wird auch eine analoge Anwendung der Bestimmung des Entsendegesetzes, das bei den Entgelten nur eine zwingende Anwendung der Mindestentgelte, also der untersten Lohn- und Gehaltsniveaus vorsieht (AEntG §7).

Offene Fragen

Eine gesetzliche Änderung der Grundlagen der AVE könnte tatsächlich die Anwendung dieses Instrumentes erleichtern. Aber warum spielte die AVE in der bisherigen tarifpolitischen Praxis eine so untergeordnete Rolle? In den Tarifbereichen der Metallwirtschaft gibt es keinen allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrag. Das Problem der Vertretung und Mobilisierung von Beschäftigteninteressen in Bereichen mit schwacher gewerkschaftlicher Bindung bleibt also bestehen. Hinzu kommt eine Tendenz in größeren und mittelständischen Unternehmen durch Auslagerung von Betriebsabteilungen und Anbindung an andere Tarife (z.B. Logistik in den Transportsektor)

die tariflichen Standards zu unterlaufen. Auch dieses Problem kann über Branchenlösungen nicht aufgefangen werden und verlangt eine abgestimmte Mindestlohnpolitik.

Ein wesentliches Argument gegen gesetzliche Mindestlöhne ist die mögliche Gefährdung der Tarifautonomie und im Gefolge ein niedriges Niveau, das sich bestenfalls am Durchschnitt der bestehenden untersten Lohngruppen orientieren würde und Druck auf die besseren tariflichen Standards ausüben könnte.

Nun ist jedoch mit dem Tarifverträgen für Leiharbeit genau dies im Rahmen tariflicher Verhandlungen schon eingetreten. Mit den dortigen 6,85 Euro für die niedrigsten Entgeltgruppen wurde eine Lohnhöhe vereinbart, die eventuell in einigen Branchen relativ dicht an den Werten für die untersten Lohngruppen liegt, für die Metallindustrie, die ja Hauptnutzer von Leiharbeit ist, aber eine große Kluft zu den untersten Lohngruppen herstellt.

Das Problem des Drucks auf den Preis bestimmter Sorten von Arbeitskraft kann wohl kaum mit der Entscheidung für das eine oder das andere Instrument zur Lohnfindung gelöst werden. Es geht dabei auch um die gesellschaftliche Wertschätzung „einfacher“, harter Arbeit und um die Aufhebung der Konkurrenzbedingungen in der Lohnarbeit. Ohne flankierende Aktivitäten in diesen Bereichen wird kein Fortschritt erzielbar sein für einen Lohn, der ein gesichertes Auskommen und eine Teilhabe am gesellschaft-

lichen Leben ermöglicht. Bei den Gewerkschaften, die derzeit auf das Primat der Tarifautonomie gegenüber gesetzlichen Regelungen bestehen, scheint auch die Beziehung von Tarif und Gesetz nicht klar ausformuliert. Es gibt eine ganze Reihe von Arbeitsbedingungen, die sowohl im Tarif als auch in Gesetzen geregelt sind, ohne dass eine Erosion der tariflichen Standards stattfinden würde. Dies betrifft beispielsweise die Arbeitszeit, den Urlaub, den Kündigungsschutz oder die Entgeltfortzahlung.

Kaum eine Rolle spielte in der gewerkschaftlichen Debatte bisher das Gesetz über die Festsetzung von Mindestarbeitsbedingungen (siehe Kasten). Mit dem Gesetz zur Setzung von Mindestarbeitsbedingungen wäre eigentlich ein Rahmen gegeben (dort ist ausdrücklich festgelegt, dass Mindestarbeitsbedingungen festgelegt werden, wo Gewerkschaften nicht durchsetzungsfähig oder keine Tarifpartner vorhanden sind), der die Koexistenz von Tarifautonomie und Gesetz ermöglicht. Mindestens Frankreich zeigt, dass eine Anwendung verschiedener Instrumente (Tarif plus Allgemeinverbindlicherklärung plus Mindestlohn) möglich ist. Und: warum sollte im politischen Kampf der Festsetzung des Mindestlohnes und seiner praktischen Durchsetzung keine Mobilisierung der betroffenen Menschen möglich sein? Dies wäre wohl nicht leichter oder schwerer als bei dem Verwaltungsakt der Allgemeinverbindlicherklärung.

(rog)

Dokumentiert: Gesetz über die Festsetzung von Mindestarbeitsbedingungen vom 11.1.1952

§ 1 Festsetzung von Mindestarbeitsbedingungen

(1) Die Regelung von Entgelten und sonstigen Arbeitsbedingungen erfolgt grundsätzlich in freier Vereinbarung zwischen den Tarifvertragsparteien durch Tarifverträge

(2) Mindestarbeitsbedingungen können zur Regelung von Entgelten und sonstigen Arbeitsbedingungen festgesetzt werden, wenn

a) Gewerkschaften oder Vereinigungen von Arbeitgebern für den Wirtschaftszweig oder die Beschäftigungsart nicht bestehen oder nur eine Minderheit der Arbeitnehmer oder der Arbeitgeber umfassen und

b) die Festsetzung von Mindestarbeitsbedingungen zur Befriedigung der notwendigen sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnisse der Arbeitnehmer erforderlich erscheint und

c) eine Regelung von Entgelten oder sonstigen Arbeitsbedingungen durch Allgemeinverbindlicherklärung eines Tarifvertrages nicht erfolgt ist. (...)

§ 4 Fachausschüsse

(1) Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung errichtet Fachausschüsse für die Wirtschaftszweige und Beschäfti-

gungsarten, für die Mindestarbeitsbedingungen festgesetzt werden sollen.

(2) Der Fachausschuss setzt die Mindestarbeitsbedingungen durch Beschluss fest.

(3) Die Mindestarbeitsbedingungen bedürfen der Zustimmung des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung. (...)

(4) Durch Mindestarbeitsbedingungen wird die unterste Grenze der Entgelte und sonstigen Arbeitsbedingungen in einem Wirtschaftszweig festgelegt.

§ 5 Zusammensetzung der Fachausschüsse

(1) Der Fachausschuss besteht aus mindestens je drei, höchstens je fünf Beisitzern aus Kreisen der beteiligten Arbeitnehmer und Arbeitgeber und einem vom Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung bestimmten Vorsitzenden. (...)

§ 8 Geltung von Tarifvertragsrecht

(1) Für die Mindestarbeitsbedingungen gelten, soweit sich nicht aus dem Fehlen von Tarifvertragsparteien oder aus diesem Gesetz etwas anderes ergibt, die gesetzlichen Vorschriften über den Tarifvertrag sinngemäß.

(2) Tarifvertragliche Bestimmungen gehen den Mindestarbeitsbedingungen vor.

(3) Ein Verzicht auf entstandene Rechte aus den Mindestarbeitsbedingungen ist

nur durch Vergleich zulässig. Er bedarf der Billigung der obersten Arbeitsbehörde des Landes oder der von ihr bestimmten Stelle. (...)

§ 11 Auslagepflicht

(1) Die Arbeitgeber sind verpflichtet, die für ihren Betrieb maßgebenden Mindestarbeitsbedingungen an geeigneter Stelle auszulegen, sowie jedem Arbeitnehmer auszuhändigen, dessen Arbeitsverhältnis durch die Mindestarbeitsbedingungen geregelt ist.

§ 12 Überwachung

Die oberste Aufsichtsbehörde des Landes hat für eine wirksame Überwachung der Einhaltung der Mindestarbeitsbedingungen Sorge zu tragen. Sie kann die Aufgaben der Überwachung anderen Stellen übertragen. (...)

§ 14 Gerichtliche Geltendmachung von Ansprüchen

Das Land, vertreten durch die oberste Arbeitsbehörde oder die von ihr bestimmte Stelle kann im eigenen Namen den Anspruch eines Arbeitnehmers aus Mindestarbeitsbedingungen gerichtlich geltend machen. Das Urteil gilt auch für und gegen den Arbeitnehmer. (...)

In den letzten Politischen Berichten haben wir über die Tarifsituation an den Kliniken in Baden-Württemberg berichtet. Nachfolgend ein Bericht über das Klinikum Charité in Berlin. Dort haben 270 Assistenz- und Fachärzte ein gemeinsames Stellengesuch (das entspricht etwa 20% aller Arztstellen) aufgegeben als Reaktion auf die Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen.

Über die Tariffucht des Landes Berlin Anfang 2003 und den Mitte vergangenen Jahres abgeschlossenen Tarifvertrag mit Einkommens- und Arbeitszeitaussparungen als Gegenleistung für Beschäftigungssicherung haben wir berichtet. Den folgenden Beitrag haben wir aus dem biwifo-report, ver.di Berlin, Ausgabe Sept. 2004, entnommen. – (har)

Krankenhausreform

Vorstand der Charité verfolgt Haustarifvertrag – was heißt das für die Beschäftigten?

In Folge des Abschlusses mit dem Land Berlin ist es den Gewerkschaften gelungen, mit allen Einrichtungen des öffentlichen Dienstes, die auf Drängen des Senats aus den Arbeitgeberverbänden ausgetreten sind, die Anbindung an die bundesweite Entwicklung des öffentlichen Dienstes auch für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Berlin durchzusetzen und die Übernahme des Potsdamer Tarifabschlusses 2003 zu vereinbaren; damit ist das Grundprinzip des Flächentarifvertrags gewahrt. Ebenso ist in allen Tarifabschlüssen ein Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen vereinbart. Im Gegenzug verzichten die Beschäftigten auf Teile des Weihnachtsgeldes bzw. Urlaubsgeldes und ihrer monatlichen Entlohnung und erhalten dafür einen Freizeitausgleich.

Die zwischen dem Land Berlin und der Tarifgemeinschaft der Gewerkschaften vereinbarten Eckpunkte eines Tarifvertrages vom 30. Juni 2003 enthalten unter Punkt 12 die Formulierung:

„Die Universitätsklinik und die anderen Einrichtungen sollen auf der Grundlage dieser Vereinbarung Tarifverhandlungen aufnehmen.“

Aus dieser Formulierung ist die Absicht der Tarifvertragsparteien erkennbar, auch die Beschäftigten der Charité nicht abzukoppeln von der allgemeinen Tarifentwicklung im öffentlichen Dienst (Anwendungstarifvertrag, kein Haustarifvertrag).

Schon seit Mai dieses Jahres schließt die Charité individuelle Arbeitsverträge zu erheblich verschlechterten Bedingungen ab – dies gilt für Neueinstellungen ebenso wie für Vertragsverlängerungen: 40-Stunden-Woche, Streichung des Weihnachts- und Urlaubsgeldes, keine Alters- und Bewährungsaufstiege, keine Zusatzversicherung für die Rente.

Nun will der Vorstand Tarifverhandlungen mit ver.di und dem Marburger Bund aufnehmen. Ein Haustarifvertrag soll es sein, der einen Baustein dafür liefert, trotz der äußerst angespannten finanziellen Situation

die „wissenschaftliche Exzellenz und Hochleistungsmedizin“ fortzuführen.

Stichworte dazu sind,

– „Vereinheitlichung der Arbeitsbedingungen“, z.B.: Verlängerung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich, Kürzung oder Streichung des Weihnachtsgeldes und/oder Urlaubsgeldes, usw.;

– „leistungsgerechte“ Vergütung nach „objektiven“ Kriterien – besondere Leistungen sollen belohnt werden und da die zu verteilende Gesamtsumme nicht größer wird, wird den einen genommen, was den anderen gegeben werden soll;

– „modern“ soll der Haustarifvertrag sein und sich „durch Flexibilität für Arbeitnehmer und Arbeitgeber auszeichnen“, sowie „Spielräume für selbstbestimmtes Arbeiten, bei Freiwilligkeit, eröffnen“.

Zusammengefasst erwarten Aufsichtsrat und Vorstand einen „deutlichen Beitrag der Beschäftigten zur Konsolidierung der Finanzen“.

Die finanzielle Lage der Universitätsmedizin Berlin haben die Vorstände in einem erheblichen Umfang zu verantworten. Die Expertenkommission hat im Oktober 2002, konkrete Empfehlungen für kostensenkende Maßnahmen gemacht; es

verging ein Jahr, ohne dass z.B. alle Verträge mit Dritten überprüft, die Zahnmedizin zusammengeführt wurde; ohne dass ein Strukturplan zur Bildung medizinischer Zentren und wissenschaftlicher Schwerpunkte erarbeitet; ohne dass eine Positionierung der Charité in der Gesundheitsregion Berlin/Brandenburg entwickelt wurde, die sich auch mit dem Verhältnis Charité – Vivantes* auseinandersetzt.

Sollen die Beschäftigten für das Unvermögen der Leitungen der Charité bezahlen?

Betriebliche Altersversorgung der Beschäftigten der Charité

Seit einem Jahr zahlt die Charité für die betriebliche Altersversorgung ihrer Beschäftigten die Beiträge an die VBL nur unter Vorbehalt und prüft Alternativen. Die Ablösesumme an die VBL würde den Jahresabschluss 2004 der Charité zusätzlich mit ca. 700 Millionen Euro belasten. Jetzt kommt ein versicherungsmathematisches Gutachten zu dem Ergebnis, dass es keine wirtschaftliche Alternative gibt und der Vorstand folgt der Empfehlung des Aufsichtsrates und tritt der VBL (Ost) rückwirkend zum 1.6.2003 bei.

Personalvertretung und die Neuwahl am Ende dieses Jahres

Die Beschäftigten der Charité werden vertreten von den örtlichen Personalräten Buch, CVK/CCM, CBF, dem GPR der HU und dem GPR der FU. Eine endgültige Personalrätestruktur soll mit dem Universitätsmedizininstrukturgesetz geregelt werden. Zum 1.1.2004 sollte es in Kraft treten, ist aber am Horizont noch nicht sichtbar. Das heißt, es bestehen große Unsicherheiten über die Anzahl der örtlichen Personalräte und die Zusammensetzung, Zuständigkeit und Wähler der Gesamtpersonalräte für die Personalratswahlen 2004.

Eine besondere Situation besteht für die studentischen Beschäftigten, die während der Geltungszeit des Vorschaltgesetzes durch die örtlichen Personalräte vertreten werden. Eine Dienststelle mit eigener Personalvertretung wie an FU und HU will der Vorstand dadurch unterlaufen, dass die studentischen Beschäftigten der Gesundheitsdienstleistungs-GmbH (die GdL ist eine 100% Tochter der Charité) zugeordnet und an die jeweiligen Beschäftigungsstellen ausgeliehen werden. (Die GdL – Charité International – ist unter dem Verdacht der Korruption durch die Presse gegangen.)

* Vivantes ist der Zusammenschluss der städtischen Krankenhäuser in Form einer GmbH, jedoch ist das Land einziger Gesellschafter.



Am 30. und 31. Oktober 2004 – findet die **1. Tagung des 9. Parteitages der PDS** statt. Inzwischen liegt ein Leitantrag vor der unterstützt wird von den PDS-Landesvorsitzenden Stefan Liebich (Berlin), Ralf Christoffers (Brandenburg), Klaus-Rainer Rupp (Bremen), Yavuz Fersoglu und Christiane Schneider (Hamburg), Ulrich J. Wilken (Hessen), Peter Ritter (Mecklenburg-Vorpommern), Paul Schäfer (Nordrhein-Westfalen), Albert Schtschepik (Rheinland-Pfalz), Hans-Kurt Hill (Saarland), Cornelia Ernst (Sachsen), Rosemarie Hein (Sachsen-Anhalt), Edda Lechner (Schleswig-Holstein), Dieter Hausold (Thüringen). Wir dokumentieren den Teil VI. des Antrages:

VI. Die PDS – wieder auf dem Weg der Erneuerung

Politisches Gewicht hat die PDS immer in dem Maße erlangt, wie sie die eigene Erneuerung voran brachte und auf politische Handlungsfähigkeit in der Gesellschaft ausrichtete; Krisen und Niederlagen hat sie erlebt, wenn der innerparteiliche Pluralismus vom Nährboden politischer Kreativität vor allem zu einem Feld innerparteilicher Konflikte wurde, wenn der Triumph über Rivalen in den eigenen Reihen wichtiger erschien als das gemeinsame Engagement für eine bessere Politik im Land, wenn Festschreibung vermeintlicher Gewissheiten die Kommunikation mit der Gesellschaft, mit den Sympathisantinnen und Sympathisanten, mit den Wählerinnen und Wählern oder gar mit der eigenen Basis oder der eigenen Führung überlagerte. Wir sind dabei, daraus die Lehren zu ziehen. Eine Partei, die sich den Anforderungen der Zeit stellt, braucht entsprechende Arbeits- und Organisationsstrukturen und das Erscheinungsbild einer modernen sozialistischen Partei. In diesem Sinne engagieren wir uns für eine Parteireform der PDS. Diese Parteireform kann keine Sache allein der Geschäftsführer und der Hauptamtlichen sein. Wir verstehen sie als tief greifenden Prozess der Erneuerung unserer politischen Kultur, der Kommunikations- und Entscheidungsprozesse, als einen Prozess, der uns alle angeht.

Einen politischen Richtungswechsel einzuleiten, verlangt von den Linken in Deutschland und Europa, die Fähigkeit zu entwickeln, erkennbar und wirkungsvoll in die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen einzugreifen und als Interessenvertreter wahrgenommen zu werden. Politischer Richtungswechsel und die Erneuerung der PDS haben einen inneren Zusammenhang. Eine starke, bündnisfähige Partei des Demokratischen Sozialismus ist ein Plus für außerparlamentarische Bewegungen, bereichert die Debatten um gesellschaftliche Alternativen, weil ihr Denken nicht an den Grenzen des Kapitalismus endet und

auf globale und europäische Zusammenarbeit gerichtet ist. Als Teil der Partei der Europäischen Linken erwarten wir, dass unsere Analysen präziser, unsere Alternativen ausstrahlender und unsere Aktionen wirkungsvoller werden. Und wir wollen mehr Erfahrungen aus der europäischen Ebene in unsere Politik hineinholen. Die Linke in Deutschland braucht die Linke in Europa als Partner im Dialog um eine wirkungsvolle Strategie der Veränderung. Wir werden unsere strategischen Vorstellungen mit Diskussionspartnern in Deutschland und Europa, verbunden mit dem Gedenken an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, auf einem Strategiekongress erörtern.

Die PDS hat zu aktuellen Fragen der politischen Auseinandersetzung wie zur solidarischen Reform der sozialen Sicherungssysteme, zur alternativen Wirtschaftspolitik, Umwelt- und Beschäftigungspolitik, zur Bildungs-, Wissenschafts- und Innovationspolitik, zu Frieden und zivilen Konfliktlösungen und zur Demokratisierung von Staat und Gesellschaft ihre Positionen und Standpunkte vorgelegt. Die Arbeit an politischen Konzepten zur konkreten Umsetzung ihrer Vorstellungen hat begonnen. Davon zeugen Konzepte zur Renten- und solidarischen Bürgerversicherung, ein Steuerkonzept und Leitlinien zur Kommunal- und Bildungspolitik, um nur einige zu nennen. Die weiter zu qualifizierende Arbeit an diesen Alternativen, sowie deren anregendes und wirksames Einbringen in die öffentlichen Debatten ist eine der dringlichsten Aufgaben, die die PDS in den kommenden Monaten zu erfüllen hat.

Heute befinden wir uns auf dem Weg aus der Krise heraus, die sich mit der schweren Niederlage der PDS bei der Bundestagswahl 2002 verbindet. Die Wahlen des Jahres 2004 haben den Abwärtstrend der PDS gestoppt; Bürgerinnen und Bürger konnten wieder die Erfahrung machen, dass unsere Partei in der Lage ist, ihre Positionen deutlich zu vertreten und eigene Ziele durchzusetzen. Diesen Weg werden wir weiter gehen.

Dafür sorgen die 70.000 Mitglieder und die Sympathisantinnen und Sympathisanten der PDS vor Ort. Dafür arbeiten mehr als 6.000 kommunale Abgeordnete mit dem Mandat der PDS, setzen sich mehrere Hundert Bürgermeister/innen und zwei Landrätinnen ein. Dafür engagieren sich PDS-Fraktionen in sechs Landtagen, eine siebenköpfige Gruppe im Europäischen Parlament, zwei Mitglieder im Deutschen Bundestag und PDS-Vertreter/innen in Landesregierungen. Tausende Mitglieder der PDS arbeiten in Vereinen, Verbänden, in Gewerkschaften und Initiativen mit. Das ehrenamtliche Engagement in Basisgruppen, Arbeitsgemeinschaften, Kreis- und Landesverbänden in Ost und West trägt die PDS und prägt ihr Profil. Das ist das Kapital der PDS, das ist ein Kapital für die

Linken in Deutschland und für die Organisation linker europäischer Politik.

Gegenwärtig ist die PDS die einflussreichste linke Partei in Deutschland, die für einen Richtungswechsel gesellschaftlicher Entwicklung steht. Damit aus diesem Ziel Wirklichkeit werden kann, brauchen wir mehr Mitglieder, mehr Mitstreiterinnen und Mitstreiter, mehr Bürgerinnen und Bürger, die uns auch bei Wahlen unterstützen. In Ost wie West. Sinn unserer Offerte ist es, sich gemeinsam mit uns in die eigenen Angelegenheiten einzumischen, den Einfluss auf die Umstände des eigenen Lebens zu potenzieren.

In den Debatten im Westen wird die starke Verankerung im Osten ebenso wie die schwache Verankerung im Westen genutzt, um uns als politischen Faktor in der deutschen Politik zu relativieren. Ebenfalls wird uns im Westen stärker als im Osten vorgeworfen, dass die PDS die Nachfolgepartei der SED ist. Dies nicht nur von der politischen Rechten, sondern auch von Linken. Wir müssen uns den Debatten über unsere Geschichte immer wieder stellen.

Genauso wichtig ist, dass sich die westdeutschen Landesverbände mit den Schwierigkeiten und Erfahrungen der Entwicklung in Ostdeutschland – Aufbau bzw. Abbruch Ost – befassen. Auch etliche Städte im Westen werden in den nächsten Jahren an Bevölkerung verlieren. Das hat erhebliche Auswirkungen auf die Wirtschaft oder die öffentliche Infrastruktur. In strukturschwachen Gebieten des Westens ist zu sehen, was im Osten längst Alltag ist: verlassene Häuser, verfallene Gewerbebetriebe, leer stehende Gaststätten, hohe Arbeitslosenquoten und kaum Hoffnung, wieder zu befriedigenden Jobs zu kommen. Inzwischen wird im Westen die Förderung des Ostens angesichts des Strukturverfalls mit Neid diskutiert. Das gipfelt in der Forderung, die Förderung des Ostens massiv zu kürzen. Es ist an der Zeit, dass sich die Gesamtpartei mit diesen Problemen und Konzepten befasst und für ihre Politik im Westen nutzbar macht.

In den westdeutschen Bundesländern wollen wir uns konzentrieren auf den Ausbau der PDS-Vertretung in kommunalen Parlamenten, die Kooperation mit Bürgerinitiativen, Gewerkschaften und Bewegungen auf lokaler Ebene, auf den Aufbau von PDS-Hochschulgruppen und das Werben für die Partei der Europäischen Linken als Möglichkeit, sich parteipolitisch zu engagieren.

Wir reden niemandem ein, dass wir besser sind, als wir sind – am wenigsten uns selbst. Aber wir werden morgen besser sein, als wir heute sind: im Interesse all derjenigen, die sich eine Partei wünschen oder eine Partei brauchen, die ohne Einschränkungen nach dem Anspruch lebt und handelt: Sozial, mit aller Kraft!

Zusammenstellung: jöd

Noch in diesem Jahr wird Dr. Carolus Wimmer zu einer Informationsrundreise in die BRD kommen. München ist als Veranstaltungsort geplant. A. Köstler von der Basisorganisation Linksabbieger der PDS München konnte bei einem Besuch in Caracas am 6. August das folgende Interview führen, das auch unter www.pds-muenchen.de zu finden ist.



Interview mit Dr. Carolus Wimmer

**Direktor für internationale
Beziehungen beim
venezolanischen Parlament**

Herr Dr. Wimmer, Sie sind Direktor für internationale Beziehungen beim Parlament in Venezuela, der Asamblea Nacional. Eine etwas ungewöhnliche Karriere für einen gebürtigen Münchner.

Ich bin in München aufgewachsen, wo ich bis zu meinem 18. Lebensjahr lebte. Die letzten Jahre verbrachte ich in Konstanz, wo ich an der Uni studierte. Ich bin Vertreter der 68er-Generation. 1970 gab es die Möglichkeit, nach Venezuela zu kommen, und das war für mich sehr interessant, auch nach Ende der großen lateinamerikanischen, revolutionären Bewegung. Venezuela war für mich damals ein vollkommen unbekanntes Land. Heute findet man Venezuela hin und wieder in den Zeitungen, damals nie. Ich lebe jetzt 33 Jahre hier und habe mich hier vollkommen eingewöhnt. Mein Sohn wurde hier geboren. Ich arbeite, wohne und kämpfe hier, für die Revolution in Venezuela und in Lateinamerika.

Wann begannen Sie, sich hier in Venezuela politisch zu orientieren und zu engagieren?

Eigentlich von Anfang an. Ich war bereits in Konstanz in sozialistischen Studienkreisen aktiv, und es war für mich deshalb natürlich, dass ich auch hier weiter aktiv politisch arbeitete. Ich hatte damals das Glück, bereits nach einem Monat hier eine Arbeit zu finden, und das, obwohl ich wenig Spanisch sprach. Das war beim US-Konzern „General Motors“, und ich hatte damit auch Kontakt zur Gewerkschaftsbewegung. Dort gab es damals einen sehr interessanten Arbeitskampf, der als Bummelstreik geführt wurde, hier nennt es sich „Schildkrötenarbeit“. Dies war für mich ein Lehrstück, wo ich erstmalig in den Gewerkschaftskampf involviert wurde. Ich nahm dann direkt mit der Kommunistischen Partei Beziehungen auf, wurde dann Mitglied. In Deutschland hatte ich keine direkte Beziehung zur KP. Dann ging es relativ zügig und intensiv weiter in der politischen Arbeit.

Was sind die Aufgaben eines Direktors für internationale Beziehungen beim Parlament?

Ich mache das nun seit 2½ Jahren, seit 3½ Jahren arbeite ich in der Nationalversammlung (dem venezolanischen Parla-

ment), zuerst als Berater des Parlamentspräsidenten, doch dann erhielt ich diese Möglichkeit, als Direktor für internationale Beziehungen zu arbeiten. Es ist eine sehr interessante, eine sehr neue Arbeit. Ich pflege den Kontakt auf internationaler Ebene mit allen Parlamenten. Auch mit multilateralen Organisationen, wie der „Internationalen Parlamentarischen Union“, dem „Europäischen Parlament“, dem „Lateinamerikanischen Parlament“ etc. Es gibt parlamentarische Freundschaftskreise, auch mit Deutschland und Österreich. Also eine sehr interessante Arbeit in dieser revolutionären Zeit. Venezuela ist heute ein Anziehungspunkt für politische Diskussion, für Besuche, für Einladungen. Es ist eine Arbeit, mit der man die Bolivarianische Revolution, die politische Situation, die neue Verfassung nach außen tragen kann.

Haben Sie noch Kontakt zu Deutschland? Sehen Sie sich als Deutschen oder Venezolaner?

Mein Leben, meine Arbeit und mein Kampf sind hier in Venezuela, und wenn ich im Ausland bin, spreche ich über Venezuela. Aber ich sehe mich logischerweise als internationalen Kämpfer. Ich besitze zwei Kulturen, die deutsche und die venezolanische. Nimmt man die bayrische hinzu, sogar drei Kulturen. Dies ist ein Vorteil, man sieht viele Dinge von mehreren Seiten. Zu Deutschland gibt es noch einige freundschaftliche Kontakte, speziell in Berlin, München und Konstanz, und natürlich gibt es auch noch die politischen Beziehungen, teilweise noch aus der DDR-Zeit. Hier in Venezuela existierte eine Freundschaftsgesellschaft Venezuela-DDR, die recht gut funktionierte und sehr aktiv war. In München gibt es gute Kontakte zur dortigen PDS.

Wie würden Sie die Situation in Venezuela vor Chavez beschreiben?

Ich habe die Situation seit 1970 miterlebt, also 29 Jahre in der „falschen Demokratie“, so wie wir das hier bezeichnen. Als ich vom Flughafen nach Caracas fuhr, war das für mich ein richtiger Schock. Ein riesiger Kontrast zwischen dem Luxus eines erdölproduzierenden Landes, aber auch eine extreme Armut, die man ebenfalls in Europa so nicht kennt. Diese Ungerech-

tigkeit, die ich bereits in den ersten Tagen miterlebte, und meine politische Vorarbeit in Deutschland machten mich hier sehr frühzeitig politisch aktiv. Es gab hier immer diese großen sozialen Unterschiede. Aber speziell ab den 80er, aber auch 90er Jahren fand eine massive Verarmung breiter Bevölkerungsteile statt, bedingt durch eine Privatisierungswelle und die Umsetzung neoliberaler Politik durch eine Regierung, die immer von den USA abhängig war. Dies bedeutet: was in den 70er Jahren schwächer ausgeprägt war, verstärkte sich drastisch. Es gab damals schlechte Ernährung, aber noch keinen Hunger. Ab den 90er Jahren gibt es in diesem reichen Erdöl-Land Hunger. Es gibt hier viele, die ihre Nahrung aus den Abfalleimern suchen. Dies ist ein Symbol, wie sich die ökonomische und die soziale Situation für die Mehrheit, d.h. 70-80%, stark verschlechtert hat. Aber die Situation verschlechterte sich in diesen Jahren nicht nur für die Armen, sondern auch für die früher stark privilegierte Mittelschicht. 1983 ging das Bank- und Finanzsystem bankrott, und man merkte, dass der ganze Reichtum auf Fantasie basierte. Ab 1983 ging es also auch für die Mittelschicht abwärts, natürlich ohne Hunger und Armut, aber sie begann ihre Privilegien zu verlieren, weshalb sie auch seit dieser Zeit unzufrieden ist. Nicht nur mit Chavez, sondern auch mit den Regierungen vorher. Dieses Kleinbürgertum will seine verlorenen Privilegien zurück. Was sind die früheren Privilegien? Ich sage es vereinfacht: „Wenig Arbeit und hohes Einkommen“. Es will einen Luxus haben, der an dieses „Saudi-Venezuela“ erinnert, in dem die Einnahmen aus dem Ölreichtum auf eine kleine Schicht konzentriert war. Vertreter der Mittelschicht hatten damals generell ein Apartment in Florida, mehrere Autos und mehrere Auslandsreisen im Jahr. Dies war seit 1983 nicht mehr möglich. Plötzlich konnte man nicht jedes Jahr drei oder vier neue Autos kaufen, sondern man musste mehrere Jahre mit dem gleichen Auto auskommen. Auslandsreisen wurden Luxus, weil der Dollar sich verteuerte. Die zweite charakteristische Jahreszahl ist 1989, das Jahr der Revolte der breiten Bevölkerung, der armen Bevölkerung, aber auch des Kleinbürgertums, hier in Caracas und dann auch in anderen Städten, den sog. „Caracazo“. Hier wurden die Läden nicht nur von den Armen geplündert, sondern auch von Angestellten, auch von der privilegierten Mittelschicht. Dieses Ereignis zeigte, dass das politische und soziale System bankrott war. Aus der Revolutionstheorie weiß man, dass Ungerechtigkeit und Armut alleine nicht ausreichen zur politischen Veränderung. Was 1989 nicht existierte, war eine politische Linie, politische Organisation oder Leitung, um dieses Potential eines Volkes zu nützen und die Situation revolutionär zu ändern. Die damalige sozialdemokratische Regierung von Carlos Andres Perez schlug mit Hilfe des Militärs diesen Volksaufstand blutig

nieder, mit mehreren tausend Toten, die genaue Zahl ist unbekannt. Aber es ging Schlag auf Schlag weiter. Im Februar 1992, also drei Jahre später, gab es eine Militärrevolte, speziell der jungen Offiziere. Im November des gleichen Jahres eine weitere. Beide wurden niedergeschlagen. Man stellte fest, hier passiert etwas. Es gab Versprechen der damaligen sozialdemokratischen Regierung, einer Verfassungsreform, einer Umorientierung der ökonomischen und sozialen Politik, einer Änderung der reinen neoliberalen Politik. Aber nachdem alles wieder unter Kontrolle zu sein schien, war alles vergessen und die alte Politik wurde weiter betrieben, d.h. eine Verarmungspolitik, eine Privatisierungspolitik und eine Politik, die einen kleinen Sektor und die transnationalen Unternehmen bevorzugte.

Die Revolte von Militärs 1992, an deren Spitze Chavez stand, sowie deren Niederschlagung – wie wurde diese in linken Kreisen wahrgenommen? Waren die Motive glaubwürdig? Dass Militärs, besonders in Lateinamerika, eine soziale Verantwortung verspüren, ist recht ungewöhnlich und stößt in Europa nicht immer auf Glaubwürdigkeit.

Wir in der Kommunistischen Partei wussten von dem Plan. Nicht von dem Tag, aber von dem Plan. Wir haben zweifellos nicht nur sympathisiert, unser Kampf war immer gegen dieses bürgerliche Ausbeutungssystem in Venezuela. Es lag auf unserer Linie, diese Regierung zu stürzen und dieses System zu verändern. Die Kommunistische Partei Venezuelas war immer offen für alle Kampfformen. Wir waren auch immer offen und auch erfahren für die Arbeit unter den Militärs. Das rebellierende Militär unter Führung von Hugo Chavez hatte damals noch nicht den Kontakt zum zivilen Bereich, sicher auch bedingt durch die zwangsläufige Untergrundarbeit. Aber es fehlte auch das Vertrauen der zivilen linken Bereiche zu den linken Kräften bei den Militärs und umgekehrt. Dies hat sich mittlerweile vollkommen und positiv geändert. Venezuela ist eine Ausnahme in Lateinamerika, was das Militär betrifft. Hier kamen und kommen die Soldaten und auch Offiziere immer aus der Arbeiter- und Bauernbevölkerung. Die Armee verfügte immer über linke Zirkel, speziell im Heer und der Marine, weniger in der Luftwaffe. 1962 gab es einen Aufstand der gesamten Marine, die geleitet wurde von der Kommunistischen Partei, die aufständischen hohen Offiziere waren geheime Mitglieder der Kommunistischen Partei. Es war ein Kampf von mehreren Tagen, und um den Aufstand niederschlagen, wurde, erstmalig in Lateinamerika, die Zivilbevölkerung aus der Luft bombardiert. Nicht nur Chavez hatte als Offizier Zugang zu sozialistischer Literatur und spricht heute über Mao Tse Tung, Marx, Lenin usw. Es war üblich, dass in der Buchhandlung der KP Soldaten und Offiziere vorbei ka-

men, um sich marxistische Literatur zu kaufen. Dies gab und gibt es, trotz des dominierenden Einflusses der USA auf die nationale Politik, deren Ziel es immer war, das lateinamerikanische Militär zum Kampf gegen die Linke vorzubereiten.

War der Wahlsieg von Chavez 1998 also ein Sieg für die Linke in Venezuela und Lateinamerika?

Zweifellos war es ein Sieg der Linken Venezuelas. Der Kampf eines ganzen Jahrhunderts der Revolutionäre, von denen viele gefoltert wurden oder gar als Märtyrer starben, hatte erstmalig einen direkten Erfolg.

Man hört in Europa immer den eigentlich undefinierten Begriff des „Populisten“. Ist Chavez ein Populist?

Dies muss ich häufig im Ausland diskutieren. Wir Linke, und Chavez ist ein Linker, müssen vom ersten Tag an diese große Armut bekämpfen und für diese Armut Lösungen finden. Essen geben, Erziehung geben, Gesundheit geben wird im neoliberalen Denken immer mit dem Schimpfwort „Populismus“ betitelt. Die großen Probleme hier sind Armut, Hunger, Elend. Es gibt hier in Lateinamerika die „unsichtbare Todesstrafe“: Leute, die z.B. dringend eine Operation benötigen, aber kein Geld oder Kreditkarte haben und einfach sterben. Sie sterben zu Hause, und keine bürgerliche Presse oder Menschenrechtsorganisation interessiert sich hierfür. Das hat sich in Venezuela geändert. Es gibt noch für viele Jahre viel zu tun, aber erstmalig wurde Politik für diese arme Bevölkerung, im Bereich Bildung, Gesundheit und Wohnungsbau, gemacht. Die jetzige Politik ist gerichtet auf 70-80% der Bevölkerung, weshalb diese „Bolivarische Revolution“ auch von der breiten Bevölkerung unterstützt wird. Deshalb haben vor allem Arme, aber auch viele verantwortungsvolle Vertreter der Mittelschicht den faschistischen Putsch im April 2002 überwältigt und Chavez befreit. Wäre Chavez nur ein Demagoge, hätte nicht die Mehrheit der Bevölkerung damals ihr Leben riskiert, um die anerkannte Leitung dieses revolutionären Prozesses aus den Händen der Putschisten zu befreien.

Als eine der ersten Maßnahmen wurde eine neue Verfassung erarbeitet, die als sehr fortschrittlich gilt ...

In Venezuela war dies etwas vollkommen Neues. Alle bisherigen Verfassungen hier, und es gab sehr viele, wurden generell von einem kleinen Kreis von „Experten“ erarbeitet. Bestenfalls wurde es im Parlament diskutiert und verabschiedet. Diese neue Verfassung wurde vom ganzen Volk diskutiert und in einer Volksbefragung mit überwältigender Mehrheit gebilligt. Speziell das Recht von Minderheiten und unterprivilegierten Schichten wurde eingearbeitet, wie z.B. das der indianischen Bevölkerung, der Arbeiter und Bauern, aber auch der Frauen. Diese Verfassung ist für Venezuela sehr fort-

schrittlich und revolutionär. Außerdem wurde in der Verfassung verankert, dass die Quelle des Reichtums dieses Landes, die Ölindustrie und die Bodenschätze, die im Zuge der neoliberalen Politik frei für den Verkauf waren, dem Volk gehören und von keiner Regierung verkauft, verliehen oder verschenkt werden dürfen. Diese gehören der gesamten venezolanischen Bevölkerung, heute und auch in Zukunft.

Die Opposition wirft Chavez vor, das Land zu spalten, in dem früher alle Schichten so friedlich zusammen lebten, arm und reich ...

Hier in Venezuela, wie in ganz Lateinamerika, gibt es große Klassenunterschiede. Und das frühere „friedliche Zusammenleben“ bedeutete immer, dass die repressiven Kräfte, die Polizei, die Nationalgarde oder, wie 1989, das Heer, jegliche Protest- und Widerstandsbewegung unterdrückten. Was seit Chavez nicht mehr existiert: dass Protestmärsche mit Toten und Verletzten enden, was früher die Regel war. Diese Vorwürfe, speziell von den privaten Medien verbreitet, sind vollkommen falsch.

Wenn man sich Caracas so ansieht, hat man tatsächlich den Eindruck einer zutiefst gespaltenen Stadt – es gibt gediegene Stadtteile von durchaus westeuropäischem Charakter, in denen die Ober- und Mittelschicht lebt, aber auch ganze Stadtviertel, die man getrost als Slums bezeichnen kann, ja, die man gar nicht mehr betreten kann. Wie ist das Größenverhältnis zwischen arm und reich in Venezuela?

Die Sozialforschung, welche die Bevölkerung in die Bereiche A bis E einteilt, besagt, dass die A- und die B-Schicht max. 5% beträgt. In der C-Schicht zusammen werden 15% bis 20% zusammengefasst. Die große Mehrheit, 70% bis 80%, lebt in Armut. Wir Linke teilen nicht in A, B usw. ein, eine Einteilung, in der man die Ursachen und Verantwortlichen nicht benennt. Wir sagen, dass die lohnabhängig Beschäftigten 70-80% ausmachen, die, wenn sie nicht in Armut, so doch in großer sozialer und finanzieller Not leben. Wer die Möglichkeit hat, ein Haus in den reichen Vierteln zu betreten, wird Reichtum und Luxus finden, der selbst für Reiche in Westeuropa anormal ist. Die Slums werden nun mit der neuen Politik von Chavez angegangen. Die Idee ist nicht wie früher, die Slums zu verschönern. Die heutige Politik will diese Slums abschaffen, hygienische und gute Wohnungen für alle schaffen.

Bei jedem politischen Prozess gibt es Gewinner und Verlierer. Sind die Gewinner die Armen und die Verlierer die Wohlhabenden? Kann man vereinfacht sagen, dass die armen und einfachen Bevölkerungsteile Chavez unterstützen und die wohlhabenden ihn lieber heute als morgen los werden wollen?

Es gibt eine Klassentrennung zwischen

arm und reich. Die Bourgeoisie, die abhängig ist von den USA, wird alles tun, um ihre Privilegien zu verteidigen, aber die große Bevölkerungsmehrheit der Beschäftigten und auch die Arbeitslosen wollen Veränderung. Zwischen beiden Lagern findet ein Klassenkampf statt. In den 90er Jahren gab es Theoretiker, die meinten, die Zeiten des Klassenkampfes wären vorbei. Venezuela ist ein lebendes Beispiel des Klassenkampfes. Zur Zeit findet hier eine Revolution statt, aber die Armen sind noch nicht die Gewinner, die Bourgeoisie ist noch nicht der Verlierer. Wir hoffen, dass in diesem revolutionären Kampf, der auch auf internationaler Ebene geführt wird, die arbeitende Bevölkerung als Gewinner hervorgehen wird. Wie man auch beim Putsch 2002 feststellte, bekommt die venezolanische Bourgeoisie vollkommene Unterstützung sowohl finanzieller, militärischer als auch logistischer Art von der internationalen Bourgeoisie Europas und der USA. Deshalb hoffen wir Linke hier ebenso auf die Solidarität der Beschäftigten auf internationaler Ebene, und wir benötigen diese auch.

Die Regierung wirft den Medien vor, parteilich zu sein. Die Medien und die Opposition werfen Chavez vor, autoritär zu regieren, bzw. sogar eine Diktatur errichten zu wollen ...

Eines der Probleme der jetzigen Opposition ist die Tatsache, dass 1998 bei der Wahl die damals führenden Parteien praktisch verschwunden sind. Vorher gab es eine jahrzehntelange Zwei-Partei-Diktatur, bestehend aus AD und COPEI, die sich immer abwechselten und alle Bereiche beherrschten. Wer nicht Mitglied dieser beiden Parteien war, war politisch ausgeschlossen, so wie die Mehrzahl der Venezolaner. Die privaten venezolanischen Medien stellen heute einen Ersatz für den Verlust dieser Oppositionsparteien dar, sie sind daher auch weder neutral noch informativ, sondern höchst tendenziös. Sie sind die Vertretung der Reichen, denen sie auch gehören, sowie der Interessen transnationaler Konzerne.

Die privaten Medien erzeugten vor dem Putsch 2002 eine vollkommene Verfälschung der Situation, indem sie suggerierten, dass mindestens 80% der Venezolaner gegen Chavez sind. Durch eine gezielte, nur noch faschistoid zu nennende Propaganda wurde und wird ein Bereich der Opposition berauscht, in dem Glauben, Chavez könne leicht gestürzt werden. Dies war so sowohl beim Putsch 2002 als auch beim monatelangen Öl- und Unternehmerstreik 2003. Vor allem bei letzterem gingen viele Unternehmen bankrott, als die Medien propagierten, Chavez sei nach 48 Stunden Streik gestürzt worden, was natürlich nicht der Fall war. Die Medien peitschen die Opposition nicht nur zu Märschen gegen die Regierung auf, sondern propagieren Zusammenstöße von Demonstrationen beider Lager, in deren Verlauf es immer wieder Tote durch Heckenschützen gibt. Heckenschützen,

die auf beide Lager schießen. Das Ziel: vollkommenes Chaos und Unregierbarkeit zu inszenieren, um den USA den Vorwand zu liefern, dass deren Truppen einmarschieren, um hier wieder Ordnung und Frieden zu schaffen.

Gibt es „die Opposition“, oder welches sind die Kräfte dahinter?

Selbst wir als Kommunisten und Demokraten stellen fest, dass es leider im Moment keine organisierte demokratische Opposition gibt. Politische Parteien, die wirklich Volksmeinungen entsprechen, gibt es bei der Opposition nicht mehr. Die Führung der Opposition haben die amerikanischen Botschaft, die privaten Medien, die Kirchenoligarchie und der Unternehmerverband übernommen. Dies ist heute die organisierte Opposition. Diese vertreten einseitig die Interessen der Reichen und der transnationalen Konzerne. Ich schätze, dass 30-35%, maximal 40% der Bevölkerung nicht zufrieden mit Chavez sind, keinen Chavez wollen. Es ist in einem demokratischen Land normal, dass immer ein Teil in der Opposition ist. Aber im Moment – und auch die jüngsten Geschichte zeigte dies – besteht die Gefahr, dass diese Opposition von faschistischen Kreisen geführt wird.

Venezuela ist der größte Öllieferant der USA. Besteht die Gefahr einer direkten militärischen Intervention durch die USA, wie ja nicht unüblich in Lateinamerika?

Chavez ist ein kluger Strategie und Politiker, was beweist, dass er kein Populist ist, sonst würde er die direkte Konfrontation mit den USA suchen. Chavez und die Regierung erklärten immer, dass die USA, unabhängig von deren Regierung, sicher mit dem venezolanischen Erdöl rechnen können. Zweifellos gibt es eine direkte Konfrontation der heutigen Bush-Regierung mit Venezuela. Es gibt Beweise, dass die Bush-Regierung den Putsch 2002 finanzierte, förderte und auch leitete. Das gleiche gilt für die Sabotage der Ölindustrie. Die USA sagen offen, dass sie die Opposition finanzieren. Das wäre auch nicht so schlimm, wären es eben nicht diese faschistischen Kreise der Opposition, auch im Militär. Das ist aber leider die Politik der USA in allen Ländern der Dritten Welt, das ist also für uns nichts Neues, dass sie ihre imperialistische Politik auch hier bei uns durchführen. Es gibt natürlich die Gefahr der direkten militärischen Intervention. Nach dem Ende der Berliner Mauer meinten einige Theoretiker, es gäbe derartige Kriege nicht mehr. Irak, Jugoslawien, Afghanistan, Haiti etc. beweisen, dass der Imperialismus die militärische Aggressivität weiterführt, und Venezuela ist zweifellos in die Pläne der USA integriert. Wir hoffen, dass unser Volk für diese Eventualität vorbereitet ist und dass die internationale Solidarität diesen Eingriff für die USA unmöglich macht. Wir hoffen, dass unser Volk nicht

das Schicksal des irakischen Volkes oder des von Haiti erleben muss.

Venezuela hatte in den Jahren 2002 und 2003 einen starken wirtschaftlichen Rückgang zu verzeichnen. Nun hat man den Eindruck, die Wirtschaft würde sich wieder erholen. Wie ist die Situation, nicht zuletzt auf dem Arbeitsmarkt?

Es gibt viel zu tun, aber der Anfang ist gemacht, unter großen politischen Schwierigkeiten, da es für die Regierung nicht möglich ist, ruhig zu arbeiten. Es gibt Probleme, die wir nicht verstecken wollen, z.B. 15% Arbeitslose, also sehr viel. Aber wir haben Pläne zur Schaffung von Arbeitsplätzen. Wir betreuen aber auch diese 15%, d.h. es wird Essen verteilt, und wir unterstützen die Obdachlosen. Viele Menschen leiden unter Unterbeschäftigung oder sind in ausbildungsfremden Bereichen tätig – auch um diese Menschen müssen wir uns kümmern.

Am 15. August findet das Referendum über Hugo Chavez statt. Die Unterschriftensammlung war ja nicht ganz unstrittig. Wie schätzen Sie seine Chancen ein?

Es beweist sich mehr und mehr, dass ein großer Teil der Unterschriften für das Referendum Fälschungen waren. Es wurden Namen, Ausweisnummern und Unterschriften in großem Stil gefälscht. Aber als demokratischer Präsident akzeptierte Hugo Chavez dieses Referendum, um zu klären, wer hier die Mehrheit in der Bevölkerung hat. Wir sind überzeugt, dass Chavez unter normalen und demokratischen Umständen leicht gewinnen wird. Es gibt aber die Gefahr, dass die Opposition und die Bush-Regierung alles unternehmen werden, um zu erreichen, dass Chavez nicht mehr weiter regieren kann. In den letzten Tagen gab es mehrere öffentliche Erklärungen der Bush-Regierung oder von US-Senatoren, die meinten, Chavez wäre kein Demokrat und er würde nicht akzeptiert werden. Auch wenn Chavez mit 70% das Referendum gewinnen würde, wird der Kampf hier weitergehen.

Herr Dr. Wimmer, Sie planen eine Informationsreise durch Deutschland und Österreich? Gibt es schon Details?

Es freut mich, dass es Interesse in Deutschland und Österreich zur venezolanischen Situation gibt, und ich freue mich darauf, mit diesen Menschen darüber zu diskutieren. Wir gehen sehr selbstkritisch an die Situation hier heran. Die Reise wird vermutlich im Oktober oder November stattfinden. Nach dem Referendum gibt es eine neue politische Situation, und im Gegensatz zu meinem früheren politischen Auslandsreisen kann ich heute über konkrete Resultate dieser Revolution sprechen, die sicherlich interessant sein werden. In dieser Konferenzreise sind bereits Berlin, München und Wien vorgesehen, bei Interesse auch weitere Städte. (...)

Ich danke für das Gespräch.

Europa von Links

„Europa von Links“ lautet der Titel eines der Informationsangebote auf der Homepage der PDS-nahen Rosa-Luxemburg-Stiftung (www.rosalux.de). Auch in den „Politischen Berichten“ wollen wir in nächster Zeit in unregelmäßiger Folge über Positionen, Probleme, Erfahrungen und Entwicklungen von Parteien der politischen Linken in den anderen europäischen Staaten berichten.

Mit 41 Mitgliedern ist die konföderale Fraktion der „Nordischen Grünen Linken / Vereinte Europäische Linke“ (GUE/NGL) nach den Konservativen (268 Sitze), Sozialdemokraten (200 Sitze), den Liberalen (88 Sitze) und den Grünen (42 Sitze) fünfstärkste Fraktion im neuen Europäischen Parlament. 17 Politische Parteien und Wahlbündnisse aus 14 Ländern gehören ihr an, darunter Parteien wie die „Progressive Arbeiterpartei“ (AKEL), die 27,8% der Stimmen im griechischen Teil Zyperns erhielt und 2 Mandate erreichte, die tschechische „Kommunistische Partei Böhmens und Mährens“ (20,3 Prozent, 6 Mandate) und die schwedische Linkspartei (12,8 Prozent, 2 Mandate). Auch die finnische Linksallianz (9,1%, 1 Mandat), das Wahlbündnis „CDU“ der Kommunistischen Partei Portugals mit portugiesischen Grünen (9,5%, 2 Mandate) und die griechische Kommunistische Partei KKE (9,3%, 3 Mandate) erreichten Stimmenergebnisse, von denen die PDS in der Bundesrepublik derzeit nur träumen kann.

Erstmals gehören auch die nordirische Sinn Féin und die irische Sinn Féin der GUE/NGL an. Ausgeschieden aus der GUE/NGL und zur Fraktion der Grünen im Europaparlament gewechselt ist dagegen die dänische Sozialistische Volkspartei (SFU).

Acht der in der Fraktion der GUE/NGL im Europaparlament vertretenen Parteien gehören auch der am 8./9. Mai 2004 in Rom gegründeten „Europäischen Linkspartei“ (EL) an. Auch über deren Arbeit werden wir in dieser Zeitschrift regelmäßig zu berichten versuchen. Immerhin erreichten diese acht auch im EU-Parlament vertretenen Parteien bei den Wahlen zusammen rund 6,8 Millionen Stimmen und bringen es zusammen auf etwa 500.000 Mitglieder.

Die Erfahrungen, Positionen und Probleme dieser Parteien sind ein wichtiger Teil des Europäischen Einigungsprozesses. Ihre Forderungen an die Gestaltung der Europäischen Union, gegen die Herausbildung einer Europäischen Militärmacht, gegen eine „Festung Europa“ und ein Europa der Repression, für eine europäische Sozialunion und EU-weite soziale und arbeitsrechtliche Standards



Treffen der GUE/NGL mit dem designierten Präsidenten der EU-Kommission Barroso

sind ein wichtiger Beitrag zur Europäischen Politik.

Wir beginnen heute mit einem Land, dessen Parteien auf der politischen Linken bisher weder in der Fraktion der GUE/NGL noch in der Europäischen Linkspartei vertreten sind, nicht einmal als assoziierte Mitglieder: Polen.

Die folgende Übersicht über die Situation und die Entwicklungen auf der polnischen Linken stammt von Holger Politt, dem Leiter des Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Polen. *rül*

Zur Situation der linken politischen Kräfte in Polen

A) Allgemeine Bemerkungen zum politischen Kräfteverhältnis

Die politische Szene Polens ist trotz teilweise ungewöhnlicher Parteinamen und zahlreicher neuer Zusammenschlüsse auf parteipolitischer Ebene seit über zehn Jahren mehr oder weniger stabil.

Es lassen sich vier große Wählerlager erkennen, die sich relativ deutlich in ihrer Werteausrichtung unterscheiden. Zumeist wird es bereits in der Bezeichnung der Lager deutlich. Unterscheidbar sind das linke, das liberale, das bauernpolitische und das nationalkatholische Lager. Jedem dieser Lager lässt sich ein Wählerpotential von etwa 25% zuordnen. An den politischen Parteien liegt es, diese Wählerpotentiale ausreichend zu aktivieren. Es gibt Phasen, wo die Wählerstimmung annähernd im Gleichgewicht sich befindet, d. h. alle Lager etwa auf 25% kommen.

Mitunter kommt das Gleichgewicht ins Schwanken – etwa bei den letzten Parlamentswahlen im September 2001, als das linke Bündnis aus SLD und UP auf 41% der abgegebenen Stimmen kam. Insbesondere die SLD (alleine knapp 39%) konnte nahezu das gesamte linke Wählerpotential für sich gewinnen. Dazu kamen Wähler in Größenordnungen

aus dem liberalen Lager, die in der SLD-Programmatik nach den parteipolitischen Querelen im liberalen Spektrum eigenartigerweise den besseren Garanten liberaler Politik erblickten. Insbesondere junge Menschen aus den Großstädten wählten überdurchschnittlich SLD.

Im Laufe der Wahlperiode pegelte sich das Kräfteverhältnis wieder zunehmend „normaler“ ein: Das linke Lager verlor im Laufe der Regierungszeit an Zuspruch, insbesondere das liberale Lager mit der PO an der Spitze konsolidierte sich. Seit Ende 2003 allerdings verzeichnen die Umfragen einen radikal umgekehrten Trend: das linke Lager verliert seinen Zuspruch, das liberale Lager gewinnt deutlich dazu.

Anfang März 2004 wurden SLD und UP zusammen in Umfragen zwischen 10 und 15% notiert. Die liberale PO – seit Ende 2003 in Umfragen stärkste Partei – bringt es mittlerweile auf 27 bis 30%. Da die linken Parteien das Potential des linken Wählerspektrums nicht mehr ausschöpfen können, ist die Krise der linken politischen Szene offensichtlich. Ein Vergleich soll diese Tatsache erhärten: Bei den Parlamentswahlen 2001 brachte es das linke Lager auf insgesamt 44% der Wählerstimmen (also SLD im Bunde mit der UP, dazu einzelne Parteien, die unter der 5%-Hürde blieben), das liberale Lager bekam 13%, das bauernpolitische Lager 20% und das nationalkatholische Lager 23%. Mitte März 2004 wäre folgendes Ergebnis herausgekommen (Unterschiede einzelner Meinungsforschungsinstitute sind relativiert): Das linke Lager brachte es auf 14%, das liberale Lager hätte 32%, das bauernpolitische Lager 29% und das nationalkatholische Lager 27% der Stimmen bekommen. Damit wird bei aller gebotenen interpretatorischen Vorsicht zumindest eines deutlich: Das linke Lager ist aus der bevorzugten Position weit zurückgefallen. Die Hauptverantwortung für diesen Zustand fällt der SLD zu.

Auf scharfe Reaktionen brauchte die Öffentlichkeit nicht zu warten. Einer der prominentesten und beliebtesten SLD-Politiker, Sejm-Marschall Marek Bo-

rowski, verließ die Partei und gründete mit anderen prominenten Parteimitgliedern eine neue Partei SDPl (Polnische Sozialdemokratie), die programmatisch sich kaum von der SLD unterscheidet, aber „es besser zu machen“ verspricht. Die SLD regierte prompt und verlangte von ihrem Mitglied Leszek Miller den Rücktritt als Ministerpräsident, den dieser für den 2. Mai 2004 ankündigte. Für das weitere Schicksal der linken Parteien SLD, UP und SDPl werden die nächsten Wochen mitentscheidend sein. Da Präsident Kwasniewski mit Marek Belka einen Mann seines Vertrauens für die Nachfolge Millers vorgeschlagen hat, könnten sich alle drei im Parlament mit Fraktionen vertretenen linken Parteien auf die Kandidatur des parteilosen Ökonomie-Professors einigen. Um eine Mehrheit zustande zu bringen, benötigen sie jedoch die Zustimmung der PSL (Bauernpartei), die bereits bis März 2003 in der Koalition mit SLD und UP vertreten war.

B) Das linke politische Lager in Polen – Überblick über wichtige Parteien

SLD (Sojusz Lewicy Demokratycznej; Demokratisches Linksbündnis)

Seit 1999 eigenständige Partei, davor Wahlbündnis aus mehreren (teilweise wechselnden Parteien und Organisationen). Bis Sommer 2003 mitgliedsstärkste Partei in Polen (etwa 130.000 Parteimitglieder). Nach einer Überprüfung der Mitglieder verlor die Partei etwa 40.000 Mitglieder. Heute wird diese Parteüberprüfung auch innerhalb der Parteiführung als großer Fehler angesehen. Einer der vielen Gründe, weshalb der bisherige Parteichef Leszek Miller im März 2004 von seinem Amt zurücktreten musste. Die SLD stellt im Sejm auch nach Neugründung der SDPl die mit Abstand größte Fraktion und ist wichtigste Partei in der Regierungskoalition (zusammen mit UP und Föderaler Fraktion, einem Zusammenschluss bisher fraktionsloser Abgeordneter). Sie stellt mit Leszek Miller den Ministerpräsidenten, der für den 2. Mai 2004 seinen Rücktritt angekündigt hat. In neusten Umfragen unter 10%. Die SLD will bei den EP-Wahlen zusammen mit der UP antreten. Mitglied der Sozialistischen Internationale und der PES.

UP (Unia Pracy; Union der Arbeit)

Kleine linke Partei, die trotz 3% der Wählerstimmen dank eines Wahlbündnisses mit der SLD in den Sejm und damit zugleich in die Regierung gekommen ist. Ursprünglich aus dem linken Flügel der „Solidarnosc“ entstanden. Durch das Bündnis mit der SLD erbrachte die Partei einen gewichtigen Beitrag zur Überwindung der politischen Spaltung der Gesellschaft in das „Ethos“-Lager auf der einen und die „Postkommunisten“ auf der anderen Seite. Da die UP in den Augen einer breiten Öffentlichkeit als treuer Partner der SLD wahrgenommen wird, kann sie vom augenblicklichen Abwärtstrend der großen Schwesterpartei

nicht profitieren. In Umfragen bleibt sie stabil bei 2 bis 3%. Damit wäre sie auch künftig auf die Hilfe der SLD angewiesen. In jüngster Zeit mehren sich Anzeichen von Kritik an der Regierungsarbeit. Die Zukunft der Partei kann seit der Neugründung der SDPl durchaus mit einem (vorsichtigen) Fragezeichen versehen werden. Die Jugendorganisation der Partei vertritt in Teilen ausgesprochen alter-globalistische und regierungskritische Positionen. Die UP will bei den EP-Wahlen zusammen mit der SLD antreten. Mitglied der Sozialistischen Internationale und der PES.

SDPl (Socjaldemokracja Polska; Polnische Sozialdemokratie)

Ende März 2004 gegründet durch den aus der SLD ausscheidenden Sejm-Marschall Marek Borowski. Weitere prominente Gründungsmitglieder sind Andrzej Cielinski (bis März 2004 Stellv. Vorsitzender SLD), Jolanta Banach (bis Februar 2004 Stellv. Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Soziales) und Izabella Sierakowska (vormals SLD). Mit Tomasz Nalecz (Stellv. Vorsitzender der UP) hat einer der beiden wichtigsten UP-Politiker den Übertritt zur neuen Partei bereits erklärt. Programmatisch sind bisher nur wenige Unterschiede zur SLD erkennbar. An vorderster Stelle stehen das Staatswohl, die Sozialdemokratie und Europa. In Umfragen sofort mit über 10% notiert! Der Name drückt auch die gewünschte Adresse im internationalen Geschäft aus: Sozialistische Internationale und PES.

PPS (Polska Partia Socjalistyczna; Polnische Sozialistische Partei)

Älteste politische Partei Polens. Die traditionsreiche Partei durchlebt zur Zeit eine schwere Identitätskrise, die durch den vormaligen Vorsitzenden Piotr Ikonowicz heraufbeschworen wurde. Er hatte versucht, aus der PPS in klarer Opposition zur SLD eine erkennbar antikapitalistische Partei zu machen und nötigenfalls auf parlamentarischen Erfolg zu verzichten. Große Teile der Parteibasis verweigerten sich diesem Manöver. Nach wie vor leidet die Partei daran, im linken Spektrum nicht mehr als eigenständige politische Kraft wahrgenommen zu werden. Da die Variante der UP (enges Wahlbündnis mit SLD) aus verschiedenen Gründen ausfällt, muss die Partei einen eigenen Weg finden. Programmatische Losung ist „Arbeit – Frieden – Gerechtigkeit“. In Umfragen kommt die Partei auf etwa 1% der Wählerstimmen. Bisher schafft es die PPS nur in Ansätzen, aus der Krise der SLD Nutzen zu ziehen. Vielen von der Regierungspolitik enttäuschten Wählern erscheint die Partei nicht als Alternative. Die PPS wollte zu den EP-Wahlen gemeinsam mit zwei kleinen Parteien aus dem Mitte-Links-Spektrum als „Zentrumslinke der Republik Polen“ antreten. Man rechnete wegen evtl. niedriger Wahlbeteiligung mit dem Überspringen der 5%-Hürde. Die PPS ist an einer

Zusammenarbeit mit der PDS interessiert und strebt einen Beobachterstatus in der Europäischen Linkspartei an.

Nowa Lewica (Neue Linke)

Kleine Linkspartei mit radikalem antikapitalistischen Profil. In der Öffentlichkeit wesentlich mit der Person des Parteigründers und Vorsitzenden Piotr Ikonowicz verbunden. Die Partei bemüht sich mit wechselndem Erfolg um enge Kontakte zu den neuen sozialen Bewegungen. Im Zusammenhang mit EU-Beitritt Polens engagiert die Partei sich derzeit auf den Straßen des Landes für eine Petition an den Sejm, mit der die soziale Grundsicherung zum Verfassungsrecht erhoben werden soll. Keine Umfragwerte. Tritt bei den EP-Wahlen im Rahmen einer Antikapitalistischen Linken Liste an (mehrere linke Splittergruppen). Die Nowa Lewica strebt eine enge Zusammenarbeit mit der Europäischen Antikapitalistischen Linken an.

Rentnerpartei (KPEiR; Landespartei der Pensionäre und Rentner)

In Umfragen öfter um 3% notiert. Gilt vor allem als Partei einer Altersgruppe, orientiert sich politisch aber eher links. Parteivorsitzender Tadeusz Maminski ist Sejm-Abgeordneter, ursprünglich auf der SLD-Liste. Derzeit ist er Abgeordneter in der Föderalen Parlamentarischen Fraktion von PLD-Chef Jagielinski, die Anfang März 2004 der Regierungskoalition aus SLD und UP beigetreten ist. Maminski hebt das Gespür für die sozialen Probleme als Markenzeichen seiner Partei hervor. Dieses gelte es in der alltäglichen Parteiarbeit unter Beweis zu stellen. Zur EP-Wahl wollte die Partei ursprünglich gemeinsam mit der PPS und der Zentrumslinken unter dem Namen „Zentrumslinke der Republik Polen“ antreten. Schneller Verzicht auf die Unterstützung durch der PPS und Orientierung auf die PLD von Jagielinski, die dem bauerpolitischen Spektrum zuzurechnen ist.

Racja (Antiklerikale Fortschrittspartei „Racja“ – etwa im Sinne von „richtiger Standpunkt“)

Kleine Partei mit ausgewählten, vor allem weltanschaulich relevanten politischen Themen. Tritt für die strikte Trennung von Staat und Kirche ein. In ihren Reihen arbeiten auch zahlreiche Kirchenleute mit. Tritt in der Öffentlichkeit vor allem durch die Wochenzeitung „Fakty i mity“ (Tatsachen und Mythen) in Erscheinung. Keine Wahlchancen, ohne strategisches Bündnis mit anderen politischen Kräften. Von der SLD in der laufenden Legislaturperiode mit Nichtbeachtung gestraft. Die Partei könnte aber zunehmend interessant werden für enttäuschte SLD-Wähler bzw. – Mitglieder. (Autor: Holger Politt, Leiter des RLS-Büros in Warschau. Entnommen von der Homepage der Rosa-Luxemburg-Stiftung: www.rosalux.de)

18.-19. September, Frankfurt am Main. „Alle gemeinsam gegen Sozialkahltschlag“, bundesweite Aktionskonferenz. Gewerkschaftshaus. Anmeldung und Info: Friedens- und Zukunftswerkstatt e.V. c/o Gewerkschaftshaus, Wilhelm Leuschner-Str. 69-77.

19. September: Landtagswahl in Brandenburg und Sachsen

26. September: Kommunalwahl in NRW

27. September bis 1. Oktober, Hamburg: Menschen in der Illegalität: Lebensbedingungen von Papierlosen als Herausforderung für die Kommunen. Kriminologische Studienwoche. Veranstaltungsort: Universität Hamburg, Flügel Ost, Raum 222. Edmund-Siemers-Allee 1, 20146 Hamburg. Anmeldeschluss: 24.06.2004 Leider kostet das Ganze 248 Euro. Veranstalter: Institut für Kriminologische Sozialforschung (IKS). Arbeitsstelle für wissenschaftliche Weiterbildung der Universität Hamburg (AWW). Ansprechpartner: Bettina Paul Universität Hamburg, Institut für Kriminologische Sozialforschung, Allende-Platz 1, 20146 Hamburg, Tel.: 040/42838-3322; Sekretariat: 040/42838-3329; Fax.: 040/42838-2328 bettina.paul@uni-hamburg.de

1./2. Oktober, Bremen. „Vorwärts – und viel vergessen“. Geschichte sozialer Bewegungen. Kritische HistorikerInnen beschäftigten sich mit der Geschichte neuerer sozialer Bewegungen. Veranstalter Rosa-Luxemburg-Stiftung und AK Kritische Geschichte. Kulturzentrum ParadoX, Bernhardstr.12. www.kritische-geschichte.de.

2. Oktober, Kiel: Bundesdelegiertenkonferenz (BDK) Bündnis 90/Grüne

8./9. Oktober, Berlin „Die kommunitaristische Debatte“. Seminar der Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft Berlin. Ausführliche Beschreibung siehe Politische Berichte Nr. 18.

14.-17. Oktober, London: Europäisches Sozialforum 2004. Das ESF wurde als Teil des Weltsozialforums (WSF) im brasilianischen Porto Alegre ins Leben gerufen. Die ersten beiden Foren fanden in Florenz (2002) und Paris (2003) statt. Das ESF bietet Gruppen und Organisationen aus Europa und der ganzen Welt die Möglichkeit, zusammenzukommen: soziale Bewegungen, Gewerkschaften, NGOs, Flüchtlinge, Friedens- und anti-

imperialistische Gruppen, antirassistische Bewegungen, Netzwerke der Ausgeschlossenen etc. Gemeinsam wollen wir diskutieren, wie wir weltweit soziale Gerechtigkeit erzielen können – und wie eine andere Welt möglich werden kann (another world is possible). Mehr infos unter www.fse-esf.org

23. Oktober, Köln. Sozialabbau und soziale Gegenbewegungen in Westeuropa, mit TeilnehmerInnen aus Frankreich, Belgien, den Niederlanden und Deutschland. Die Tagung soll einen vergleichenden Überblick über die spezifischen Formen der Umsetzung neoliberaler Politik und den damit verbundenen Sozialabbau in westeuropäischen Ländern und die sich dagegen entwickelnden sozialen und politischen Bewegungen dieser Länder ermöglichen. Veranstalter: Rosa Luxemburg Stiftung NRW. 10.30 Uhr bis 18 Uhr, Bürgerzentrum Alte Feuerwache.

30./31. Oktober, Potsdam: Parteitag der PDS, Neuwahl Parteivorstand

31. Oktober, Brüssel: Die Amtszeit der EU-Kommission endet

2. November: Präsidentschaftswahlen in den USA

19./20. November, München. Parteitag der CSU.

3./4. Dezember, Berlin: 10. Kongress Gesundheit und Armut. Austausch über Wissensstand, Entwicklungen und Lösungsansätze zu „Armut und Gesundheit“.

Einladung STOPPT DEN AUSVERKAUF!

„Strategien gegen Privatisierung und Ausgliederung“

Konferenz der „Initiative zur
Vernetzung der
Gewerkschaftslinken“

**am Samstag,
dem 25. Sept. 2004,
ab 10 Uhr
Universität
Kassel
(am Holländischen Platz)**

Programm:

Samstag, 25. September

10:00 Uhr
Begrüßung

10:15 Uhr
Ausmaß, Ursachen und Folgen der
Privatisierung und Ausgliederung

Referent: Peter Hauschild
(Buchautor zum Thema und ehemaliger
Landesvorstand hbv-Nord)

11:00 Uhr
Gewerkschaftspolitische Strategien
gegen Privatisierung und
Ausgliederung
Referent: Bernd Riexinger, Geschäftsführer
ver.di Bezirk Stuttgart

Anschließend Diskussion

13:00 – 14:00
Mittagspause

14:00 – 16:00 Uhr

Arbeitsgruppen

- **Erfahrungen mit Kämpfen und Auseinandersetzungen gegen Privatisierung**
(verschiedenen Kolleg/innen angefragt)
- **Die Bedeutung von sozialen Netzwerken**
Einführung: Uli Wohland
- **Finanzierung/Steuerpolitik**
- **Internationale Erfahrungen**
(Kollegen von EdF Frankreich angefragt)
- **Die Erfahrungen von Post und Telekom**
(Einführung Ewald Wehner)

Verantwortlich:
Ewald Wehner, Paul-Gerhardt-Ring 15
60528 Frankfurt/Main
Heinz-Günter Lang, Tannenburgerstr. 17
64660 Alsbach-Hähnlein

Anmeldungen an:

Ewald Wehner
Paul-Gerhardt-Ring 15
60528 Frankfurt/Main
Telefon: 069/6661867
Fax: 069/66122799
E-Mail: ewald.wehner@t-online.de

Absender:
(bitte leserlich schreiben)

Name/Vorname:

Betrieb/Organisation:

Adresse/Tel./E-Mail:

**Anfahrtsskizze kommt mit
Anmeldebestätigung**